



ISS
Aktuell
2013 – Nr. 3

Zur strategischen Lage

**zur Jahresmitte 2013:
Globale Akteure, internationale Organisationen,
Konferenzen und Abkommen**

Juli 2013

Fakten – Hintergründe – Ausblick

Vorwort

Seit einigen Jahren veröffentlicht das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie halbjährlich einen Überblick zur strategischen Lage. Damit wird eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte der komplexen internationalen Situation im vergangenen Halbjahr geboten und – soweit möglich – auch ein Ausblick auf mögliche künftige Entwicklungen. Die Analysen wurden Mitte Jänner 2013 fertig gestellt.

Hiermit legen wir diese Übersicht zur Jahresmitte 2013 vor. Wie schon zuletzt, wurde diese Zusammenstellung von Dr. Thomas Pankratz betreut, der derzeit mit der Führung des Fachbereichs Strategie betraut ist. Auch Angehörige anderer Fachbereiche des Instituts sowie Dr. Malek, der dem ISS im Rahmen eines Projektes zugeteilt ist, haben daran mitgewirkt.

Wie schon bisher, erscheinen die einzelnen Beiträge unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und geben daher deren persönliche Einschätzung, nicht aber in irgendeiner Weise eine offiziöse Meinung des Ressorts oder der LVAK wieder.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen eine spannende Lektüre.

*i.A.: Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik ad interim*

Einleitende Bemerkungen

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

„Lobet den Herrn und her mit der Munition“, soll der US-amerikanische Militärggeistliche Howell Forgy an Bord des Kreuzers New Orleans gerufen haben, als der Angriff auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 stattfand. In kurzer und prägnanter Weise beschrieb er somit seinen Auftrag.

Wir finden diesen Ausspruch für unseren halbjährlich erscheinendes ISS „Zur strategischen Lage“ aus zwei Gründen treffend: Zum einen die „Munition“. Unser Bericht soll Basisinformationen zu ausgewählten, weltweit agierenden Akteuren sowie der globalen ökonomischen Entwicklung geben. Präsentiert werden daneben auch ausgesuchte internationale Konferenzen und Abkommen sowie ausgewählte Studien und Berichte von sicherheitspolitischer Relevanz. Diese Basisinformationen sollen einen Beitrag zur sicherheitspolitische Beurteilung der internationalen strategischen Lage liefern.

Zum anderen ist Howell Forgy's Zitat auch wegen unseres gewählten methodischen Zugangs – nämlich seiner Kürze – zutreffend: Es wird oft argumentiert, dass die Umwelt und hierdurch auch das strategische Umfeld immer komplexer werden. Eine Beobachtung, die sicherlich zutreffend ist. Dies bedeutet jedoch nicht unweigerlich, dass die Analyse derselben ebenso komplex – dies vor allem im Sinne von ausführlich – ausfallen muss. Da viele von uns kaum die Zeit finden, sich eingehend und intensiv mit Themata, die über das eigene Arbeitsfeld hinausgehen, zu beschäftigen, wollen wir auch im Sinne der Kundenorientierung keine ausführliche und bis ins Detail reichende Erklärung „der Welt“, sondern eine kurze, aber prägnante Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte der komplexen internationalen Situation für das erste Halbjahr 2013 sowie zum Teil auch schon ein Ausblick auf mögliche Entwicklungen in Bezug für die nächsten sechs Monate geben. Die vorliegenden Analysen wurden Mitte/Ende Juni fertig gestellt.

Der grundlegende Aufbau des Berichts entspricht jenem der letzten Ausgaben.. Auf Grund der Aktualität wurde ein gesonderter Abschnitt der Situation rund um das Nordkoreanische Nuklearprogramm gewidmet. Aus Aktualitätsgründen finden sich darüber hinaus bei einzelnen Akteuren Sonderabschnitte.

Der Bericht gliedert sich demnach in folgende Hauptabschnitte:

- Akteure (USA, Russland, China, Indien sowie Brasilien, EU und NATO)
- Globale ökonomische Entwicklung
- ausgesuchte internationale Konferenzen und Abkommen
- ausgewählte Studien und Berichte von sicherheitspolitischer Relevanz

Der vorliegende Bericht spiegelt verschiedene Forschungsschwerpunkte der Wissenschaftler am ISS wider. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass Franz Sitzwohl, der seit Mai dieses Jahres leider nicht mehr dem ISS angehört, und Herwig Jedlaucnik, der zum BfSiPol dienstzugehört ist, sich auch dieses mal wieder bereit erklärt haben, am Bericht mitzuwirken.

Mit freundlichen Grüßen

*Dr. Thomas Pankratz
LVAK/ISS/Fachbereich Strategie*

Inhalt:

USA (Felix SCHNEIDER)	4
USA Spezial (Felix SCHNEIDER)	9
Russland (Martin MALEK)	10
Russland-Syrien (Martin MALEK)	11
China (Gerald BRETTNER-MESSLER)	12
Indien (Gerald BRETTNER-MESSLER)	14
Brasilien (Franz SITZWOHL)	16
Europäische Union (Gunther HAUSER)	20
EU-Türkei (Gunther HAUSER)	23
Freihandelsabkommen EU-USA (Gunther HAUSER)	25
NATO (Gunther HAUSER)	26
Globale Wirtschaftsentwicklung (Herwig JEDLAUCNIK)	29
Konferenzen und Abkommen (Gunther HAUSER/Thomas PANKRATZ)	35
Studien und Berichte (Thomas PANKRATZ)	38
Nuklearkonflikt mit Nordkorea (Gerald BRETTNER-MESSLER)	47

USA

Analyse der letzten 6 Monate

Noch immer gelten die pragmatischen Grundsätze der ersten von Barack Obama im Jahre 2010 veröffentlichten National Security Strategy: Auffällig war ja hier die deutliche Hinwendung der US-Administration zu „*Building at home; Shaping abroad*“ erkennbar gewesen. Als neues Ziel galt nun in erster Linie die Stärkung und Gesundung des eigenen Hauses USA. Daneben wollte man sich auf die Beendigung des Krieges in Afghanistan konzentrieren – bei gleichzeitiger Vermeidung sonstiger militärischer Überdehnung. Präsident Obama kündigte im Rahmen der schon genannten „State of the union address“ im Februar die Rückführung weiterer 34.000 GI’s aus Afghanistan an. Obama sagte, man beabsichtige, noch im heurigen Jahr den sicherheitspolitischen Staffelposten an die afghanische Regierung übergeben zu wollen. Und Obama versprach dem US-amerikanischen Volk wörtlich: „*Ende des kommenden Jahres wird unser Krieg in Afghanistan beendet sein.*“ Auf dem internationalen Parkett ist es daneben Obamas erklärtes Ziel, die Entwicklung und Effizienz verschiedenster (globaler) Organisationen wie UNO, NATO oder etwa die Weltbank unter dem Aspekt US-amerikanischer Führung weiter zu stärken.

Anfang 2012 hatte Präsident Obama das Gesamtvolumen des vom US-Militär bis 2020 einzusparenden Budgets mit 500 Milliarden US-Dollar beziffert. Schon für das laufende Jahr muss das Pentagon mit 12% weniger Budgetmitteln kalkulieren, was der (prozentuell) signifikantesten Einsparung eines US-Verteidigungshaushaltes seit 1955 entspricht. Um diese Einsparungen bewältigen zu können, werden allein die Landstreitkräfte bis 2017 um 100.000 Soldaten reduziert werden. Auch bei technischen Neuanschaffungen aller Teilstreitkräfte wird der Sparstift angesetzt werden müssen, um die gesteckten Budgetziele auch wirklich zu erreichen. Die globale militärische Dominanz der USA steht jedoch trotz dieser Budget-Cuts auch mittelfristig nicht zur Diskussion.

Spätestens seit dem Libyen-Konflikt und dem damit verbundenen NATO-Einsatz aber etwa auch im Rahmen des aktuellen Konfliktes in Mali kristallisiert sich unter dem Schlagwort

„*leading from behind*“ eine neue Art militärischen Führungsstils des Weißen Hauses heraus, der zwangsläufig in Zukunft ein noch stärkeres Einbinden der (europäischen NATO-) Verbündeten in aktuelle Konflikte zur Folge haben wird. Was das im Einzelnen für die Verbündeten der USA, die ohnedies regelmäßig Aufforderungen aus Washington erhalten, mehr für ihre eigene Verteidigung zu tun, militärisch bedeutet, muss abgewartet werden.

Was den seit 2002 im Focus stehenden „War on Terror“ anbelangt, so wird nach der Tötung Osama bin Ladens die internationale agierende Terrorgruppe Al Kaida von Obama heute nur noch als „Schatten ihrer selbst“ klassifiziert. Der US-Präsident warnte jedoch gleichzeitig davor, weitere extremistische Gefahren, die vor allem von der arabischen Halbinsel und Afrika ausgingen, zu unterschätzen. Obama: *„Aber um uns dieser Bedrohung zu stellen, müssen wir nicht Zehntausende unserer Töchter und Söhne ins Ausland entsenden, um andere Länder zu besetzen. Stattdessen werden wir Länder wie den Jemen, Libyen und Somalia darin unterstützen müssen, ihre eigene Sicherheit zu wahren, und wir werden Verbündeten helfen müssen, die Terroristen vor Ort zu bekämpfen, so wie wir es bereits in Mali getan haben. Wo erforderlich, werden wir durch eine Reihe von Fähigkeiten auch weiter direkt gegen die Terroristen vorgehen, die die größte Bedrohung für die Vereinigten Staaten darstellen.“* (Auszug aus der State of the union address 2013).

Bewertung der letzten 6 Monate

Gleich im ersten Halbjahr von Barack Obamas zweiter Amtszeit wurden eine ganze Reihe sicherheitspolitisch entscheidender Positionen neu besetzt (Vgl. dazu auch die im Februar 2013 erschienene ISS-State of the World, Nr.1/13). Die bisher die Funktion der US-amerikanischen UN-Botschafterin ausübende Susan Rice wird Präsident Obamas neue Sicherheitsberaterin. Sie löst damit Tom Donilon, einen der wichtigsten Architekten der aktuellen US-Afghanistan-Strategie, ab. Rice war ursprünglich für Obamas zweite Amtsperiode als die von ihm favorisierte Kandidatin für die Leitung des State Department als Nachfolgerin von Hillary Rodham Clinton ins Rennen gegangen. Massive Ablehnung seitens der republikanischen Opposition machte dieses Ansinnen jedoch zunichte. Rice war im Zusammenhang mit dem Terroranschlag auf das US-Konsulat von Bengazhi 2012 vorgeworfen worden, die Öffentlichkeit falsch informiert zu haben.

An die Stelle der bisherigen Amtsinhaberin Clinton trat inzwischen der frühere demokratische Präsidentschaftskandidat John F. Kerry, der George W. Bush 2004 im Rennen um die Präsidentschaft knapp unterlegen war. Unter der Administration Obama I wirkte der Senator von Massachusetts als Vorsitzender des Aussenausschusses des Senats, was seither mit zahlreichen Auslandsaufenthalten und -Kontakten einherging, ein Umstand, der ihm bei seiner jetzigen Aufgabe als Außenminister naturgemäß sehr zugute kommen wird.

Als neue UN-Botschafterin bei den Vereinten Nationen ist die frühere Beraterin des Weißen Hauses in Menschenrechtsfragen, Samantha Power, nominiert. Erst im Jänner war der Architekt der umstrittenen Drohneneinsätze, John Brennan, zum neuen CIA-Direktor berufen worden.

Geht es nach Präsident Obama, so soll der 52-jährige Republikaner James B. Comey jr. neuer Chef des FBI werden. Es ist geplant, dass Comey im September den bisherigen Amtsinhaber Robert S. Mueller III, der seit 2001 das FBI leitet, ablöst. James Comey hatte bereits als hoher Justizbeamter (u.a. stellvertretender Justizminister 2003-2005) unter George W. Bush auf sich aufmerksam gemacht, als er sich als damaliger stellvertretender Generalstaatsanwalt

offen gegen die Verlängerung eines Regierungsprogramms gewandt hatte, das es der NSA erlaubte, Telefongespräche ohne vorherige Genehmigung mitzuhören. Angesichts der infolge PRISM nicht gerade günstigen Presse für Obama kann die Nominierung Comeys als taktisch durchaus kluger Schachzug des US-Präsidenten bewertet werden – wenn auch Comey bereits vor den Enthüllungen Edward Snowdons im Gespräch war.

Eines der sicherheitspolitischen Hauptanliegen der Administration Obama II ist weiterhin die Nichtverbreitung und Kontrolle von Massenvernichtungswaffen. Auf dem Weg in Barack Obamas erst kürzlich erneut apostrophierte „atomwaffenfreie Welt“ stellte der US-Präsident anlässlich seines Berlin-Besuchs vor dem Brandenburger Tor vor einer großen Menschenmenge die Frage nach globaler Sicherheit – um sie sich auch gleich selbst zu beantworten: „Solange noch Atomwaffen existieren, sind wir nicht sicher“, sagte Obama und kündigte an, sich für eine Reduktion der mit Russland momentan vereinbarten Höchstgrenze der Sprengköpfe um ein Drittel einsetzen zu wollen.

Vor allem drei Staaten gilt momentan die Sorge des Weißen Hauses, wenn es um Herstellung, Proliferation und Einsatz von Massenvernichtungswaffen geht:

1. Syrien

Was die US-amerikanische Syrien-Politik angeht, so hat die jüngste Ankündigung des US-Präsidenten, die Aufständischen mit US-Waffen unterstützen zu wollen, weltweit für Aufsehen gesorgt. Mit der Feststellung des bestätigten Einsatzes von Chemiewaffen durch das Assad-Regime wurde die von Obama 2012 selbst skizzierte „Red Line“ vom syrischen Diktator eindeutig überschritten. Dabei ist man sich im Oval Office bewusst, dass die Komplexität der Lage an sich als auch die politische Verlässlichkeit und Inhomogenität der Assad-Gegner vorerst keine weitere eigene militärische Intervention zulässt, will man nicht unfreiwillig in den Konflikt hineingezogen werden. Gleichwohl gibt es in diplomatischen Kreisen dennoch weiter Überlegungen zur Schaffung einer Flugverbotszone. Im Rahmen einer militärischen Übung haben die USA erst Anfang Juni Kampfflugzeuge und Patriot-Raketenabwehrsysteme nach Jordanien verlegt. Wie aus Kreisen in Washington verlautet, könnten die Systeme auch noch länger in Jordanien stationiert bleiben.

Parallel zur militärischen Komponente kündigte Obama die Aufstockung der Syrien-Flüchtlingshilfe um 300 Millionen US-Dollar an.

2. Iran

Für den Iran, dem von der internationalen Staatengemeinschaft vorgeworfen wird, unter dem Deckmantel der friedlichen nuklearen Energiegewinnung in Wirklichkeit den Bau von Atombomben anzustreben, wurde von Israel als „rote Linie“ jener Zeitpunkt festgelegt, nach dem der Iran nur noch mit militärischer Gewalt von der Herstellung von Nuklearsprengsätzen abgehalten werden könnte. Technisch gesehen sei das, wie Netanjahu vor der UN-Vollversammlung im September 2012 ausführte, dann der Fall, wenn die sog. „Zweite Anreicherungsphase“ des Urans auf eine mittlere Konzentration von 20% abgeschlossen sein werde.

Die USA stehen in dieser Frage als wichtigster Verbündeter Israels weiter hinter dem israelischen Premier. Anlässlich seines letzten offiziellen Besuches in Israel im März dieses Jahres äußerte Präsident Obama Verständnis für die Furcht der Israelis „*who have a living memory of the Holocaust, forced with the prospect of a nuclear-armed Iranian government*“

that has called for Israels destruction“ (Rede vom 21. März vor Studierenden in Jerusalem). Obama ließ keinen Zweifel an der Entschlossenheit (auch) der USA, jedwede Atomrüstung des Iran zu verhindern – zur Not auch mit militärischen Mitteln („*all options are on the table; America will do what we must“*).

Wie sich die jüngsten Wahlen im Iran, die mit einem überraschenden Erfolg des Reformers und Klerikers Hassan Rohani endeten, auf den schwelenden Atom-Konflikt auswirken werden, bleibt indes abzuwarten. Ersten Statements zufolge versprach Irans neugewählter Präsident Transparenz für das iranische Atomprogramm. Man strebe außerdem die Aufhebung sämtlicher Sanktionen an, so Rohani. Direkte Gespräche mit den Vereinigten Staaten machte er jedoch von der prinzipiellen Akzeptanz eines iranischen Nuklearprogramms durch Washington abhängig.

3. Nordkorea

Im Gegensatz zum Iran geht es im Falle Nordkoreas um einen Staat, der bereits nachweislich über Atomwaffen verfügt – und sogar mit deren Einsatz droht, wie jüngste Verbalattacken Pjôngjangs an die Adresse Washingtons gezeigt haben. Die Administration Obama II nimmt solche Art Drohungen sehr ernst, auch wenn man ähnliches Säbelrasseln und staatlich angeordnetes Kriegsgeschrei im Zuge des Konfliktes um die nordkoreanische Atomrüstung in den letzten Jahren schon des Öfteren vernommen hat. Die direkte Drohung mit einem Atomschlag gegen US-amerikanische Militärbasen auf Hawaii, Japan und Guam war allerdings von einer neuen, erschreckend-ultimativen Qualität. Grund genug für Washington, seine militärische Präsenz in dieser Region des Pazifiks durch die Entsendung weiterer Marine- und Luftwaffeneinheiten entsprechend zu verstärken – sehr zum Missfallen des großen globalen Gegenspielers China. Bejing gilt weiter als engster Verbündeter Nordkoreas, doch jüngste verbale Exzesse und Drohungen sowie die Schließung der von beiden koreanischen Staaten betriebenen Sonderwirtschaftszone Kaesong haben in den letzten Wochen auch die Volksrepublik China ungewohnt scharfe Töne in Richtung Pjôngjang anschlagen lassen. Chinesische Sicherheitsexperten sehen mit dem jüngsten Verhalten Nordkoreas, das die chinesischen Verhandlungsbemühungen der letzten Jahre ad absurdum zu führen scheint, die „rote Linie“ Bejings in dieser Frage als bereits überschritten an. Der Besuch des neuen US-amerikanischen Außenministers John Kerry in China im April thematisierte dann natürlich auch die weiteren politischen Perspektiven. Unmittelbar nach dem Treffen wurden von Pjôngjang plötzlich wieder deutlich moderatere Töne verlautbart – höchstwahrscheinlich eine direkte Folge massiven chinesischen Drucks auf den nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un.

Im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf den Boston-Marathon vom 15. April – dem ersten (geglückten) Terroranschlag in den USA seit dem Trauma des 11. September 2001 - bei dem 3 Menschen getötet und weitere 264 Athleten und Zuschauer zum Teil schwer verletzt wurden, gelang es dem Präsidenten durch besonnenes Agieren, eine erneute Terror-Hysterie in den USA hintanzuhalten. Gleichzeitig mahnte er, weiter wachsam zu sein, auch wenn es sich bei dem Anschlag nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen um die Tat von Einzeltätern gehandelt habe: „*And that’s what you’ve taught us, Boston. That’s what you reminded us – to push on. To persevere. To not grow weary. To not get faint. Even when it hurts.*“ (Auszug aus der Rede Obamas beim Gedenkgottesdienst für die Opfer des Bombenanschlages von Boston, 18. April 2013)

Ausblick auf die nächsten 6 Monate

Für viele seiner ehemaligen Anhänger ist Barack Obama schon lange nicht mehr jener dynamische liberale Hoffnungsträger, der 2008 erstmals ins Weiße Haus eingezogen war. Auch der in seiner ersten Amtsperiode eklatant angestiegene Einsatz von ferngesteuerten Drohnen zur Terroristenbekämpfung, der neben der rechtlichen Problematik auch eine immer größere Anzahl von unschuldigen Opfern aus der Zivilbevölkerung fordert, ist zunehmend umstritten.

Weltpolitisch in seinen längerfristigen Konsequenzen noch gar nicht absehbar ist die Verlagerung des (außen- und) sicherheitspolitischen Focus der USA in den pazifischen Raum. Vergleicht man das maritime Verhältnis der Präsenz der US-Navy im Atlantik und im Pazifik, so war dieses bislang mit 50:50 bestimmt – was aufgrund des wesentlich kleineren Operationsraums (Verhältnis der Fläche Atlantik-Pazifik: 1:2) de facto einer starken Priorität des Atlantiks (und damit Europas) gleichkam. In Zukunft wird das Verhältnis der maritimen Präsenz der USA (vorerst) mit 60:40 zugunsten des Pazifiks festgelegt. Mit dem Aufstieg Chinas und Indiens zu Weltmächten, die zusammen bereits mehr als 1/3 der Weltbevölkerung repräsentieren, ist dieser „shift“ eine strategisch logische und auch nicht unerwartete Konsequenz. Das strategische Interesse der USA am pazifischen Raum nahm seine ersten Anfänge bereits mit der gewaltsamen Öffnung Japans im Jahre 1853. Nach dem offiziellen Ende des Kalten Krieges ist dieser strategische Schwenk („pivot“) nun umso leichter zu vollziehen.

Die USA befinden sich strategisch tatsächlich an einem Wendepunkt. Bereits in der im Jänner 2012 vom Weißen Haus veröffentlichten Studie „Sustaining U.S. Global Leadership: Priorities for 21st Century Defense“ ging Barack Obama in seinem Vorwort direkt auf die neue Lage ein und sprach bereits ganz offen von einer „*Nation [...] at a moment of transition*“, ja sogar ganz explizit von einem „*strategic turning point*“. Ist es noch nicht wirklich lange her, dass die militärisch-strategischen Prioritäten der USA auf der Verteidigung Europas lagen, so spricht Obama in diesem Zusammenhang heute nur noch von „*defense commitments*“, während der Focus US-amerikanischer Strategie weiter auf „*Middle East*“ und nun auch immer stärker auf „*Asia Pacific*“ liegt.

Man kann sich indes bei der Lektüre der Studie des Eindruckes nicht entziehen, die USA schickten sich an, noch bestehende „*commitments*“ aus der Vergangenheit einfach „*abzuarbeiten*“, um sich dann endlich ihrer neuen strategischen „*Beziehung*“ *Asia Pacific* widmen zu können. Dies gilt dabei nicht nur für Europa, sondern in steigendem Maße auch für den Mittleren Osten: Angesichts der neuen, durch „*fracking*“ möglichen Perspektiven der US-amerikanischen Ölindustrie, die die Vereinigten Staaten in der Frage fossiler Brennstoffe kurz- bzw. mittelfristig autark lassen werden, muss natürlich auch die zukünftige Rolle der USA in der momentan noch prioritären Golfregion früher oder später zur Diskussion stehen, da hier – zumindest für die USA – möglicherweise schon bald keine eigenen „*vital interests*“ mehr zu verteidigen sein werden. Was ein – vorerst freilich noch rein hypothetischer - mittelfristiger Rückzug der Vereinigten Staaten aus der Golfregion dabei für die weiterhin vom Öl der arabischen Halbinsel abhängigen Verbündeten bedeuten würde, ist heute freilich noch reine Spekulation.

USA Spezial:

PRISM et al.

Ausgelöst durch die Aussagen des ehemaligen CIA- und NSA-Mitarbeiters Edward Snowden wurden im Juni erstmals Einzelheiten des bislang größten Abhörskandals der Geschichte der Weltöffentlichkeit zugänglich, der weiterhin international immer größere Kreise zieht. Der US-amerikanische „Whistleblower“ hatte noch bis Mai dieses Jahres als Systemadministrator für eine der NSA zuarbeitende IT-Firma gearbeitet und Zugang zu den streng geheimen Überwachungsprogrammen PRISM und BOUNDLESS INFORMANT sowie dem britischen Programm TEMPORA gehabt. Wie von Snowden detailliert dokumentiert und durch die beiden von ihm vorab ins Vertrauen gezogenen Tageszeitungen „The Washington Post“ (US) sowie „The Guardian“ (UK) am 6. Juni veröffentlicht, sammelt der US-Nachrichtendienst NSA seit Jahren im Rahmen der oben genannten Projekte auf globaler Basis private Telefon- und Internetdaten, und zwar unabhängig, ob sicherheitspolitische Verdachtsmomente vorliegen, oder nicht. Durch entsprechende Überwachungssoftware wurden und werden weltweit die Server so wichtiger Internetplattformen wie beispielsweise facebook, microsoft, Apple oder Yahoo überwacht. Damit bekam der Skandal eine globale Komponente, die den jetzigen Präsidenten, der sich noch in Zeiten der George W. Bush-Administrationen vehement gegen solcher Art öffentlicher Überwachung positioniert hatte, in argen Argumentationsnotstand bringt. Hatte Obama nicht erst kürzlich bei seiner „State of the union address“ am 12. Februar angesichts der von ihm selbst skizzierten „Bedrohung durch Cyberangriffe“ explizit den Schutz der Privatsphäre für seine US-amerikanischen Landsleute eingefordert? Nun wurde „George W. Obama“, wie er von vielen seiner (neuen) Kritiker in den USA neuerdings apostrophiert wird, durch die Enthüllungen rund um „PRISMgate“ unsanft entzaubert.

Nach und nach kamen im Laufe des Juni immer neue Details über das wahre Ausmaß der von Washington durchgeführten Bespitzelungen ans Licht. Wie der „Guardian“ und der „Spiegel“ (D) Ende Juni berichteten, wurde Spionage auch im ganz großen Stil auf allerhöchster politischer Ebene betrieben. So wurden wichtige ausländische Vertretungen der EU in Brüssel, aber auch beim Sitz der Vereinten Nationen in New York abgehört. Außerdem zapfte die NSA zahlreiche ausländische Botschaften in Washington an. Dabei wurden sowohl Computerüberwachungssoftware, wie auch klassische Methoden, wie das Abhören von Faxgeräten und Telefonen sowie Überwachung mittels Spezialantennen, eingesetzt. Auch diplomatische Schreiben wurden abgefangen und geöffnet. Was dieser diplomatische „Supergau“ für Washington kurz- und mittelfristig vor allem bei seinen europäischen Verbündeten, vor allem Deutschland, das ja eines der Hauptziele der NSA-Spionage war, für diplomatische Konsequenzen haben wird, bleibt abzuwarten. Stimmen aus Brüssel mehren sich jedoch, als ersten Schritt die mit den USA angestrebten Verhandlungen über die geplante Transatlantische Freihandelszone abubrechen.

Kosten des US-Engagements im Mittleren Osten seit 2002

Bereits im Juni 2010 hatte der Vorsitzende der Vereinigten Generalstabschefs, Admiral Michael Mullen, die US-amerikanische Staatsschuldenkrise als größte Bedrohung der nationalen Sicherheit verortet. Nicht ganz zu Unrecht ist man gerade im Pentagon von den Budgeteinsparungen der US-Regierung nicht gerade begeistert, wird doch ein sehr großer Anteil der US-amerikanischen Budgetsanierung von den Streitkräften getragen werden müssen.

Allein die (laufenden) Kosten aus den Kriegen im Irak und in Afghanistan sind astronomisch: Laut dem Ergebnis des „Cost of War Project“, einer am 14. März veröffentlichten Studie des „Watson Institute for International Studies“ der renommierten Brown University (Rhode Island), wurde festgestellt, dass den US-Engagements seit 2002 mehr als 330.000 Menschen (davon mehr als 6.600 US-Soldaten) zum Opfer gefallen sind. Allein der finanzielle Aufwand für den Irak-Krieg wird im Rahmen des von 30 Sicherheitsexperten durchgeführten Projektes der US-Eliteuniversität bis dato mit 2,2 Billionen US Dollar beziffert. Addiert man zu diesen Zahlen die Kosten des Konfliktes in Afghanistan/Pakistan, erhöht sich diese Summe auf knapp 4 Billionen US Dollar (Stand März 2013). Doch auch diese geradezu unglaubliche Summe entspricht noch lange nicht den Gesamtkosten, die der US-Steuerzahler letzten Endes zu tragen haben wird: Bis heute hat sich Washington zur Finanzierung seines Engagements im Mittleren Osten mit zusätzlichen Krediten in der Höhe von bis dato 2 Billionen US Dollar neu verschulden müssen. Allein die Zinszahlungen für diese Summe und die medizinische Betreuung der Verwundeten und Versehrten sowie die Versorgung der Veteranen werden die Kosten dieses mittlerweile längsten Konfliktes in der Geschichte der USA bis 2050 auf unglaubliche 6 Billionen US Dollar erhöhen. Zum Vergleich: Nach einer Berechnung des Haushaltsbüros des US-Kongresses aus 2011 werden die Kosten, die den Vereinigten Staaten im gesamten Zweiten Weltkrieg entstanden, heute mit 4,1 Billionen US Dollar (indexbereinigt) veranschlagt.

Erste Schätzungen der George W. Bush I-Administration aus dem Jahr 2002 hatten die voraussichtlichen Kosten des gesamten Irak-Engagements noch mit 50-60 Milliarden US\$ veranschlagt. Das entspricht ziemlich genau einem Hundertstel der bislang tatsächlich angefallenen bzw. noch anfallenden Kosten.

Russland

Analyse der letzten 6 Monate

Verteidigungsminister General Sergej Schoigu zufolge ist Russland zunehmend militärischen Bedrohungen ausgesetzt. Die russische Nachrichtenagentur „Interfax“ zitierte Ende Jänner 2013 Generalstabschef Generaloberst Valerij Gerassimow mit den Worten, dass „ein groß angelegter Krieg nicht ausgeschlossen werden“ könne, auch wenn derzeit „Herde der Instabilität“ und Lokalkonflikte in der Nähe der russischen Grenzen die größte Bedrohung darstellen würden. Um die Kampfbereitschaft der Armee zu stärken, habe der Generalstab kurz-, mittel- und langfristige Strategien konzipiert. Die Armee sei durchaus auf einen „großen Krieg“ vorbereitet. Mitte Februar meinte Gerassimow, dass Russland „effektiv seine Waffen modernisiert, um die Bedrohung einer ausländischen Invasion abzuwehren.“ Andere „Weltmächte“ könnten einen Krieg gegen Russland beginnen, um Zugang zu dessen Bodenschätzen sowie Märkte und „Lebensraum“ zu gewinnen.

Die aktuelle Modernisierung der russischen Streitkräfte, die bis 2020 abgeschossen werden soll, ist nach der Einschätzung von Ministerpräsident Dmitri Medwedjew von Anfang Mai „beispiellos“. Die russische Nachrichtenagentur RIA Novosti zitierte ihn mit den folgenden Worten: „Ich denke, das kann man nur mit dem vergleichen, was bei uns im und nach dem Zweiten Weltkrieg passiert ist.“ Der für die Rüstungsindustrie zuständige Vizepremier Dmitrij Rogosin hatte im Jänner verlangt, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten von westlichen Ländern auszunutzen und ihnen günstig militärisch relevante Technologien abzukaufen.

Alleine für die Modernisierung der Luftstreitkräfte sind nach Aussagen von Präsident Wladimir Putin von Anfang März bis 2020 etwa fünf Billionen Rubel (umgerechnet 125 Mrd. Euro) vorgesehen. Und im Jänner hielt die Kriegsmarine im Schwarzen Meer und im Mittelmeer (in der EU und in Nordamerika kaum beachtete) Großmanöver ab. Kurz darauf wurde bekannt, dass Russland 2015 seine am Ende der Sowjetzeit beendete ständige Präsenz im Mittelmeer wiederherstellen will. Das sei nötig, um, so Schojgu, russische Interessen im Mittelmeer zu schützen. Dabei dürfte auch der (bislang kleine) Marinestützpunkt im syrischen Tartus (der einzigen russischen Militärbasis außerhalb der früheren UdSSR) eine Rolle spielen.

Bewertung der letzten 6 Monate

Russland bemüht sich sichtlich, weltpolitisch eigene, von der EU und den USA grundsätzlich verschiedene Akzente zu setzen. Das zeigt sich nicht nur in überproportionalen Ausgaben für Rüstung und Streitkräfte, sondern auch anhand des Verhaltens in den Krisen in Syrien (vgl. den entsprechenden Abschnitt) und Korea (Moskau lehnte auch angesichts des letzten Atomtests Nordkoreas am 13. Februar 2013 Wirtschaftssanktionen ab). Dazu kommt eine weitere Verhärtung im Inneren, die sich in einer weitgehenden Marginalisierung der Opposition sowie Vorgehen der Behörden gegen russische NGOs äußert: Wenn sie Gelder aus dem Ausland erhalten und „politisch tätig“ sind, müssen sie sich aufgrund eines im November 2012 in Kraft getretenen Gesetzes als (wörtlich) „ausländische Agenten“ registrieren lassen.

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Russland schließt eine Änderung seiner Linie in den aktuellen Krisen – und konkret eine Annäherung an EU und/oder die USA – regelmäßig aus, und es gibt wenig Anlass, an der Ernsthaftigkeit dieser Versicherung zu zweifeln. Seine Vetomacht im UNO-Sicherheitsrat gibt ihm dabei großen Einfluss auf das Krisenmanagement. Allerdings hat Moskau selbst im August 2008 gegen Georgien militärisch interveniert, ohne eine Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates abzuwarten.

Russland – Syrien

Analyse der letzten 6 Monate

Russlands Außenminister Sergej Lawrow meinte, dass der syrische Präsident Baschar Assad einen „Krieg gegen den Terrorismus“ führe. Moskau werde sich, so machte Lawrow wiederholt klar, keinesfalls hinter die Rücktrittsforderungen zahlreicher westlicher und mittelöstlicher Staaten an Assad stellen. Lawrow: „Wir sind nicht im „Regime-Change-Spiel“. Überhaupt sei Russland „gegen Einmischungen in innere Konflikte“. Ein Rücktritt Assads dürfe auch keine Bedingung für Verhandlungen zwischen den Bürgerkriegsparteien sein. Das russische Außenministerium verlangte eine Berücksichtigung der Anliegen und Vorschläge, die Assad bei seinen öffentlichen Auftritten vorbrachte. Dafür wandte sich Moskau gegen die (u.a. von UN-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay forcierte) Idee, das Syrien-Dossier an den Internationalen Strafgerichtshof weiterzuleiten.

Dem russischen UNO-Botschafter Vitalij Tschurkin zufolge suchen „einige westliche Länder“ nach einem Vorwand für eine militärische Intervention in Syrien, indem sie Chemiewaffeneinsätze durch die Armee des Regimes in Damaskus behaupteten. Moskau bestreitet solche Berichte bzw. lastet der bewaffneten Opposition an, C-Waffen verwendet zu

haben. Mitte Juni machten die USA Assad offiziell für C-Waffeneinsätze verantwortlich und kündigten „militärische Hilfe“ für die Rebellen an, was genauso auf vehemente Kritik aus Moskau stieß wie der Wegfall des EU-Waffenembargos gegen Syrien mit 1. Juni. Zugleich verteidigte Russland seine eigenen Waffenlieferungen, darunter von Luftabwehrsystemen des Typs S-300, an das syrische Regime: Diese seien ein „*stabilisierender Faktor*“, weil sie „*äußere Kräfte*“ von Interventionen abschrecken würden. Der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow sagte im Mai, dass Russland Waffen „den rechtmäßigen Machthabern“ (d.h. Assad) zur Verfügung stelle; „*die andere Seite des Konflikts hingegen hat kein Recht darauf*“.

Bewertung der letzten 6 Monate

Moskau warnt immer wieder vor einer „*Einmischung in die inneren Angelegenheiten*“ und einer Intervention in Syrien, hält aber die Aktivitäten des Iran und des von diesem abhängigen militärischen Arms der libanesischen islamistischen Organisation „Hisbollah“ ebendort offenbar nicht für eine solche.

Russland will die bewaffnete Opposition zu Verhandlungen mit Assad bewegen, was diesen allerdings für unbestimmte Zeit im Amt belassen würde. Nach Einschätzung des bekannten unabhängigen Moskauer außen- und sicherheitspolitischen Kommentators Pawel Felgenhauer von Mitte Mai besteht die dominierende Meinung in Moskau darin, dass Assad „*needs some more time to use his firepower superiority and additional support from Iran and Hezbollah fighters to decisively win the civil war. Russia’s main goal is to buy Assad more time, preventing a foreign intervention in the form of a no-fly zone or arms supplies to the rebels.*“ Und die umfangreichen russischen Flottenaktivitäten im östlichen Mittelmeer der letzten Monate dienten Felgenhauer zufolge dazu, das Assad-Regime zu schützen und den Westen vor einer möglichen Intervention gegen dieses „*abzuschrecken*“.

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Es ist höchst unwahrscheinlich, dass eine Friedenskonferenz zu Syrien (wann immer sie auch stattfindet) tatsächlich ein Ende des Bürgerkrieges bringt. Mitte Juni war noch nicht einmal klar, wer dort vertreten sein soll: Russland besteht auf einer Teilnahme auch des engen Assad-Verbündeten Iran, was die USA ablehnen. Lawrow machte die syrische Opposition für die Verzögerungen bei der Einberufung der Konferenz verantwortlich.

Davon abgesehen ist eine russische Kursänderung zu Syrien (oder sogar eine Annäherung an westliche Positionen) in der überschaubaren Zukunft sehr unwahrscheinlich; Moskau setzt klar auf Assads Unterstützung, die ihm einen militärischen Sieg über die Aufständischen bringen soll. Davon wiederum erhofft sich Moskau eine Erweiterung seines eigenen Einflusses im Nahen Osten.

China

Analyse der letzten sechs Monate

Das zentrale innenpolitische Ereignis war die Wahl von Xi Jinping zum Staatspräsidenten der Volksrepublik China und von Li Keqiang zum Premierminister. Xi hatte bereits im Vorjahr die beiden anderen politischen Spitzenfunktionen Chinas, nämlich die Leitung der Kommunistischen Partei Chinas und den Vorsitz der Zentralen Militärkommission, übernommen. Sein Leitgedanke ist der „*chinesische Traum*“: Erneuerung und Einheit der Nation zum Nutzen aller Chinesen. Für die Außenpolitik ist nun Staatsrat Yang Jiechi

verantwortlich, der davor Außenminister – in China der Zweitverantwortliche für das Ressort – war. Die Machtübergabe an die neue Generation politischer Führer ist damit vollzogen.

Anfang Juni fand ein Gipfeltreffen zwischen Xi Jinping und US-Präsident Barack Obama statt. Den ausführlichen Gesprächen zu einem Zeitpunkt, an dem China am Sprung zur Weltmacht steht, wurde hohe Bedeutung zugemessen. Der Politologe Joseph Nye sprach vom „*wichtigsten Treffen*“ der USA und Chinas in den letzten 40 Jahren. Beide Großmächte wollen eine Wiederholung des Kalten Krieges verhindern, ohne von ihren Positionen abzurücken. Der Besuch diente vornehmlich dem persönlichen Kennenlernen der Präsidenten. Fast eine Stunde dauerte ein Vier-Augen-Gespräch der beiden. Für die US-Seite waren Cyber-Attacken aus China das zentrale Thema. Die Chinesen zeigten sich diesem Anliegen wenig zugänglich. Washington wirft China vor, in staatlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen der USA umfassenden Datendiebstahl zu begehen. Erst jüngst wurde bekannt, dass China Informationen zu mehr als 30 verschiedenen Waffensystemen ausspioniert hatte. Technisches Wissen ist für China eine Voraussetzung für weiteres hohes Wirtschaftswachstum und letztlich ist der Vorsprung auf diesem Gebiet auch Teil der Machtfrage. Auf einer Linie waren China und die USA hinsichtlich der nordkoreanischen Nuklearwaffen: ein Verzicht Nordkoreas darauf ist unumgänglich.

Das chinesische Verteidigungsbudget wurde heuer um 10,7% angehoben. Damit ist die Steigerung zum zweiten Mal geringer als im Jahr davor ausgefallen – vermutlich eine Folge des schwächeren Wirtschaftswachstums.

Bewertung der letzten sechs Monate

Handelsstreitigkeiten zwischen China und der EU sind offen zutage getreten. Die EU-Kommission hat Strafzölle über Solarpaneele aus China verhängt, weil diese unter den Herstellungskosten verkauft werden und dadurch die europäische Industrie unzulässig konkurrenzieren. Für zwei Monate werden moderate Zölle eingehoben, um China Zeit für eine Anpassung des Geschäftsmodells zu geben. Die Position innerhalb der EU zu dem Streit ist nicht einheitlich. Deutschland, gemeinsam mit 17 anderen EU-Staaten, fürchtet einen Handelskrieg, der sich auf den Export nachteilig auswirken könnte. Österreich hat keine Präferenz für die eine oder andere Position geäußert. Die Dimension dieses Marktes ist riesig: China exportiert jährlich Paneele im Wert von 21 Milliarden Euro in die EU, sein Marktanteil beträgt 75%. China hat gegen die Strafzölle protestiert und als Reaktion Maßnahmen gegen die europäische chemische Industrie angekündigt.

Auch Österreich bekommt Chinas gestiegenes Selbstbewusstsein zu spüren. Die Treffen von Bundeskanzler und Vizekanzler 2012 mit dem Dalai Lama, dem geistlichen Oberhaupt der Tibeter, haben dazu geführt, dass der Verbleib der Panda-Bären im Tiergarten Schönbrunn, die chinesisches Eigentum sind, in Schwebelage ist. Die Tiere bleiben zwar vermutlich in Wien, doch sind die Vorgänge ein Beleg, dass China unablässig an der politischen Isolation des Tibeters, dem Peking separatistische Aktivitäten vorwirft, arbeitet.

Die Territorialstreitigkeiten um das Südchinesische Meer haben nun auch Taiwan voll erfasst. Ein taiwanesischer Fischer wurde bei einem Zusammentreffen mit einem Schiff der philippinischen Küstenwache erschossen. Der Ort des Vorfalls wird von beiden Staaten der eigenen Ausschließlichen Wirtschaftszone zugerechnet. Taiwan verweigerte als Reaktion Arbeitsgenehmigungen für philippinische Gastarbeiter. Vietnam richtete massive Vorwürfe

gegen die Volksrepublik: ein vietnamesisches Fischerboot soll von einem chinesischen Schiff unter Beschuss genommen worden sein; Peking sprach von Signalkörpern.

China beansprucht dieses Meer nahezu vollständig für sich; Vietnam, Taiwan, die Philippinen, Malaysia und Brunei machen ihm diesen Anspruch streitig. Die Philippinen, die keine Möglichkeit einer bilateralen Streitbeilegung sehen, haben den Fall vor ein Tribunal gemäß UN-Seerechtskonvention gebracht. Es soll über die Rechtmäßigkeit der sogenannten Neun-Striche-Linie entscheiden, die auf Karten das von China beanspruchte Meeresgebiet bezeichnet. China verweigert sich dem Verfahren. Wenn auch der Ausgang und die Auswirkung auf den Konflikt ungewiss sind, so ist doch ein neuer Ansatz vorhanden, der Peking in die Defensive bringt und alternative Chancen für eine Lösung eröffnet. Dass die Neun-Striche-Linie seit 2012 auf einer in chinesische Reisepässe eingedruckten Karte zu sehen ist, hat auch zu einem Protest Indonesiens geführt. Diese Maßnahme wurde erst nach Monaten bekannt, da Jakarta keinen offenen Zwist mit Peking wollte.

Die Beziehungen Chinas zu Japan sind durch die Streitigkeiten um die Senkaku-(japanisch) bzw. Diaoyu-Inseln (chinesisch) dauerhaft angespannt. Eine Verschärfung ist eingetreten, als im Jänner chinesische Kriegsschiffe einen japanischen Zerstörer bzw. einen Helikopter der japanischen Marine mittels Zielradar erfassten. Damit ist das Militär nun direkt in den Konflikt verwickelt, während bislang Fischer oder politische Aktivisten den Streit getragen hatten.

Ausblick auf die kommenden sechs Monate

China weitet seinen Einfluss auf den gesamten Pazifik aus. Offiziell wurde angekündigt, dass in Hinkunft die chinesische Marine die 200-Seemeilen-Zone vor der US-Küste befahren wird. Bislang hat China stets das Recht fremder Streitkräfte, die Ausschließliche Wirtschaftszone zu befahren, bestritten. Für die U.S. Navy ist dies gängige Praxis und die chinesische Marine zieht nun gleich.

China hat mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Im ersten Quartal 2013 lag das Wachstum bei 7,7% statt der erwarteten 8%. Im letzten Quartal 2012 betrug es noch 7,9%. Ein weiteres Absinken im zweiten Quartal des heurigen Jahres ist wahrscheinlich. Wachstum sollte nach den Plänen der Regierung verstärkt durch inländischen Konsum entstehen, aber gerade hier dürfte eine Schwäche liegen. Dies könnte die Regierung trotz gegenteiliger Pläne zur kurzfristigen Ankurbelung der Wirtschaft veranlassen. Premier Li sieht dafür allerdings wenig Spielraum. Möglicherweise lässt die Regierung ein Absinken des Wachstums auf bis zu 7% zu, ehe Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Größere wirtschaftspolitische Entscheidungen wird die chinesische Führung im heurigen Herbst treffen. Sie zielt auf eine Änderung des Wachstumsmodells ab: weg von Export und Investitionen hin zu mehr Konsum, basierend auf Dienstleistungen. Die Umstellung wird Jahre in Anspruch nehmen.

Indien

Analyse der letzten sechs Monate

Indien macht bei der Nuklearbewaffnung Fortschritte. Eine Trägerrakete K-5, die U-Boot-gestützt sein wird, hat einen erfolgreichen Test durchlaufen. Indien unternimmt große Rüstungsanstrengungen und war von 2008 bis 2012 der weltgrößte Waffenimporteure. 12% aller Importe konventioneller Waffen gingen auf das Konto Indiens. Indien misstraut vor allem seinem Nachbarn China. Zu der unmittelbaren Rivalität zwischen Indien und China

kommt noch die Freundschaft Chinas mit Pakistan. 55% der chinesischen Rüstungsexporte gingen 2012 an Indiens Erzrivalen.

Bei einem Besuch in Indien bat Afghanistans Präsident Hamid Karzai um militärische Unterstützung. Hintergründe sind der Abzug der US-Truppen 2014 und wiederholte Zusammenstöße zwischen afghanischen und pakistanischen Grenztruppen. Das Ersuchen ist politisch äußerst heikel, da eine Stärkung des indischen Einflusses in Afghanistan auf entschiedenen Widerstand Pakistans stoßen muss – und dies, nachdem Pakistans Präsident Nawaz Sharif erklärt hatte, die Beziehungen zu Indien verbessern zu wollen.

Eine andauernde Bedrohung für die innere Sicherheit Indiens sind die maoistischen Rebellen der Naxaliten-Bewegung. Im Mai wurde ein Konvoi der Congress-Partei im Bundesstaat Chhattisgarh angegriffen und 24 Personen, darunter der Parteichef dieses Staates – der als Gründer einer Anti-Naxaliten-Miliz vermutlich das eigentliche Ziel war –, getötet. Tausende Soldaten durchkämmten daraufhin das Areal, wo die Terroristen vermutet wurden. Im Juni starben drei Menschen bei einem Angriff auf einen Zug im Bundesstaat Bihar. Mehr als 100 Maoisten, darunter viele Frauen bzw. Jugendliche, stoppten den Zug und eröffneten das Feuer. Zwei Stunden dauerte das Gefecht mit dem Bahnsicherheitspersonal. Grund für den Angriff dürfte die Aussicht auf Waffen der Sicherheitskräfte gewesen sein, von denen einige auch tatsächlich in die Hände der Rebellen fielen.

Bewertung der letzten sechs Monate

Außenpolitisch war ein Grenzstreit mit China, der die Region Ladakh im Bundesstaat Jammu und Kaschmir betraf, der herausstechendste Konflikt im letzten halben Jahr. 30 chinesische Soldaten errichteten Zelte 19 km hinter der indischen Seite der Line of Actual Control, die de facto die indisch-chinesische Grenze bildet. Einen von beiden Staaten akzeptierten Grenzverlauf gibt es dort nicht. Auf einem zu Demonstrationszwecken entrollten Banner wurde das Territorium während dieser Aktion als chinesisches Gebiet bezeichnet. Hintergrund dürfte die vermehrte Errichtung von Straßen und militärischen Anlagen durch Indien in dieser Gegend gewesen sein. Die indische Regierung war nach Bekanntwerden des Übertritts um Beruhigung der Situation bemüht, während Kritiker eine härtere Gangart forderten. Der Rückzug der Chinesen beendete die kurze Krise. Die Gegenleistung für das chinesische Einlenken soll eine Zusage für den Abbruch von indischen Bunkeranlagen gewesen sein. Diese Nachgiebigkeit stieß auf Kritik, weil China billig einen Erfolg habe einstreichen können. Unklar blieb, ob die Regierung in Peking das Vordringen angeordnet hatte oder ob Armeekreise die Initiative dazu gesetzt hatten. Ein chinesischer Fachmann merkte kritisch an, ob angesichts der Grenzstreitigkeiten im Ost- und Südchinesischen Meer das Anheizen des Grenzstreits klug sei, weil dies die Gegner Chinas zusammenrücken lassen würde.

Trotz dieser Differenzen führte die erste Auslandsreise von Premierminister Li Keqiang nach Indien. Über den Grenzverlauf soll erneut verhandelt werden (in der Vergangenheit gab es bereits 15 Verhandlungsrunden). Weiteres wichtiges Thema waren verstärkte Wirtschaftsbeziehungen, um das indische Handelsbilanzdefizit gegenüber China zu verringern. Indische Produkte sollen besseren Zugang zum chinesischen Markt erhalten, aus China mehr Investitionen nach Indien fließen. Das Ziel für das gemeinsame Handelsvolumen 2015 liegt bei 100 Milliarden USD (2012 rund 66 Milliarden USD).

Ausblick auf die kommenden sechs Monate

Die Parlamentswahlen 2014 werfen ihre Schatten voraus. Bei Nachwahlen im Bundesstaat Gujarat trug die Hindu-nationalistische Bharatiya-Janata-Partei einen vollständigen Sieg davon. Die zwei Mandate im indischen Unterhaus und vier im Regionalparlament waren zuvor von Vertretern der regierenden Kongress-Partei gehalten worden. Drei weitere Ergänzungswahlen gingen für den Kongress ebenfalls verloren. Der Regierungschef von Gujarat, Narendra Modi, könnte Spitzenkandidat seiner Partei im nächsten Jahr werden. Er gilt als fähiger Wirtschaftspolitiker und Kämpfer gegen die grassierende Korruption. Damit hat er das Potential, ein attraktiver Kandidat für die aufstrebende Mittelschicht zu sein. Modi zieht aber auch viel Kritik auf sich, weil er bei antimuslimischen Ausschreitungen 2002 eine undurchsichtige Rolle im Hintergrund gespielt hatte. Manche sehen in ihm einen Drahtzieher der Unruhen. Für den Kongress war der Wahlsieg über Bharatiya Janata im südindischen Bundesstaat Karnataka, einem IT-Zentrum, ein wichtiger Erfolg. Die Hindunationalisten erhielten dort die Rechnung für Korruption und Vetternwirtschaft präsentiert.

Eine der großen Herausforderungen für die indische Regierung ist die Ankurbelung der Wirtschaft. Finanzminister Palaniappan Chidambaram steigt auf die Schuldenbremse, senkt die Zinsen und strebt eine Verbesserung des Investitionsklimas an. Dazu gehört auch die Liberalisierung des Bankensystems. Es gibt zu wenige Institute und die vorhandenen setzen das Kapital nicht ausreichend zur Schaffung neuer Jobs ein. Der Staat ist stark, wo er fehl am Platz ist, nämlich in der Verwaltung, und schwach, wo er stark sein sollte, nämlich bei der Schaffung von Infrastruktur oder der Bildung. Spöttische Beobachter sagen: *“India grows at night while the government sleeps.”* Vor allem die mangelnde Stromversorgung gilt als Hemmschuh für die Wirtschaft – mit ein Grund für den Wachstumsrückstand gegenüber dem Konkurrenten China.

Ein massives gesellschaftliches Problem ist die dramatisch hohe Zahl von Vergewaltigungen. Die besondere Brutalität und der Umstand, dass mehrfach Touristinnen betroffen waren, haben zur weltweiten Aufmerksamkeit und einem Einbruch von 25% bei den Touristenzahlen geführt. Die indische Öffentlichkeit ist empört. Besonders der Polizei wird Nachlässigkeit im Umgang mit solchen Verbrechen vorgeworfen. Die Kritik richtet sich auch gegen die Politik, mit zuwenig Nachdruck Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die innere Sicherheitslage bleibt gespannt. Im südindischen Hyderabad starben 15 Menschen bei der Detonation zweier Sprengkörper. Es war der erste größere Anschlag seit 2011. Als Täter wurden islamistische Terroristen verdächtigt. Möglicher Anlass war die Hinrichtung eines der Beteiligten an dem Terrorangriff auf das indische Parlament 2001, die im heurigen Februar stattfand. Viele muslimische Kaschmiris hielten das Urteil für ungerechtfertigt. In Hyderabad leben Hindus und Moslems; bereits 2007 hatte es dort Bombenanschläge gegeben. Auch in Kaschmir selbst gab es heuer einen schweren Terrorangriff. 5 Sicherheitskräfte und zwei Angreifer starben; die Angreifer werden moslemischen Separatisten zugerechnet.

Brasilien

Analyse der letzten 6 Monate

Die Herausforderungen in Brasilien lagen weiter bei der weit verbreiteten Korruption vor allem im Öffentlichen Dienst sowie bei der hohen Kriminalität (Brasilien ist mit 37.000 Toten der Staat mit den meisten *Gunshot*-Opfern und hat darüber hinaus viele Drogenopfer zu

beklagen). Diese gilt es bis zu der 2014 bevorstehenden Fußballweltmeisterschaft sowie der Präsidentschaftswahl einzudämmen. Zur Konjunkturbelebung wurden betreffend öffentlicher Infrastruktur Bauvolumen von 237 Mrd. US Dollar beschlossen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung entzündete sich über Preisanstiege im öffentlichen Verkehr sowie über die ständig steigenden Investitionen für die Fußball-WM 2014 und die olympischen Sommerspiele 2016. Namhafte Journalisten beschrieben die aktuelle öffentliche Situation mit: *“Brasilien, das Land der 30 Berlusconi“*. Rousseffs angebliche Umweltpolitik muss hinter der wirtschaftlichen Entwicklung zurückstehen und gipfelt in noch immer hohen Abholzungsraten bzw. im Ausbau von weiteren Flusskraftwerken wie z.B. Belo-Monte auch wenn dabei ein massiver Einsatz von Sicherheitskräften (Polizei und Streitkräften) nötig ist. Ein Tiefpunkt wurde erreicht, als der Kongress das Veto Rousseffs betreffend einer „gerechteren“ Aufteilung der Erdöleinkünfte auf alle Bundesstaaten aufhob. Ihre Beliebtheitswerte fielen von 64% (2012) auf aktuell ca. 30% und auch der Kommentar „unreligiös“ der evangelischen Kirche war für sie nicht gerade hilfreich.

Die großen Herausforderungen Rousseffs in der Innenpolitik waren:

- Der Schutz seiner Grenzen gegen Schmuggel und Ressourcenjäger im Grenzraum bzw. vor der Küste durch den Einsatz der Streitkräfte und Spezialpolizei im Rahmen der Operation AGATA7 – Einsatz von 34.500 Mann. Hinsichtlich eines effizienteren Grenzschatzes wurde ein neues Regionalkommando im Norden eingerichtet um präventiv agieren zu können
- Weitere *Favelas* wurden in Rio de Janeiro und Sao Paulo „befriedet“ und weitere *Police Pacification Units* eingesetzt – aktuell sind bereits 30 von 40 geplanten Einheiten aktiv
- Die Arbeit der *Truth Commission* zum Aufarbeiten der Militärdiktatur bzw. die Verurteilung und erstmalig auch Inhaftierung eines Schuldigen wird von der Bevölkerung goutiert
- Das weitere Absenken der Arbeitslosenquote (aktuell 5,6%)
- Der Plan für das Finanzjahr 2013, ein Steuerplus von 22 Mrd. US Dollar zu erreichen,
- Die Umkehr der aktuellen negativen Handelsbilanz im 1. Halbjahr von 19 Mrd. US Dollar (242 Mrd. US Dollar Importe und 223 Mrd. US Dollar Exporte) sowie das aktuelle Wirtschaftswachstum von 1,1%
- Das Einleiten von Verwaltungs- und Besteuerungsvereinfachungen, um Brasilien bzw. den MERCOSUR und andere Kooperationen wirtschaftlich konkurrenzfähiger zu machen.

Außenpolitisch war Rousseff mit folgenden Bereichen konfrontiert:

- Brasilien verfolgte seinen Kurs in Lateinamerika und baute weiter auf bestehende regionale und überregionale Kooperationen (MERCOSUR, UNASUR, BRICS etc.)
- Bei der Nachbarschaftspolitik liegt die Ausrichtung unverändert mit Schwergewicht auf den Beziehungen zu Argentinien aber nun auch wieder verstärkt zu Venezuela und Kuba
- Die Festigung des Einflusses in Afrika zur Ressourcensicherung und Entwicklungshilfe stützt sich auf die lusophonen aber auch ressourcenstarken Länder West- und Südafrikas

- Das Engagement im Rahmen von IBSA (Dialogforum Indien, Brasilien, Südafrika) fokussierte auf verstärkte Kontakte zu Südafrika
- Brasiliens Angebot einer Vermittlung in der Syrienkrise blieb bislang noch ohne Resonanz
- Der 6. EU-Brasilien-Gipfel im Jänner in Brasilia hat die bisherige schwache strategische Partnerschaft (seit 2007) erneut belebt, um die Wirtschaftskrise zu überwinden
- Der 5. BRICS Gipfel in DURBAN ergab eine weitere Annäherung zu China
- Der EU-LAK Gipfel ergab eine Annäherung der EU zu Lateinamerika im Allgemeinen und zu Brasilien im Speziellen, was im Jänner von Seiten der EU in Brasilia durch den Abschluss von neuen wirtschaftlichen Kooperationsvereinbarungen bestätigt wurde
- Beim EU-CELAC-Gipfel im Jänner in Santiago einigte man sich, dass Lateinamerika Schutzzölle weiter zu reduzieren habe und die EU die Eurokrise rasch überwinden möge
- Die strategischen Partnerschaften mit China und Frankreich werden weiter gepflegt und resultieren in Wirtschafts- bzw. Rüstungsabkommen sowie Technologieaustausch
- Erneute Annäherungen zu den USA führten ua. zu Rüstungsanboten wie der Kauf von F-18-Kampfflugzeugen.
- Neue Kooperationen starteten mit Belgien im Infrastruktur- und Israel im Rüstungsbereich.

Bewertung der letzten 6 Monate

Die Sicherung der Grenzen, der Kampf gegen den Drogenhandel sowie die Sicherung von Ressourcen werden durch die Streitkräfte in Kooperation mit (Spezial-)Polizei betrieben, wobei gewisse Regionen als noch nicht sicher beurteilt werden. Aktuelle Planungen hinsichtlich der Sicherung der Fußball-WM wurden durch das Abhalten des *Confederation Cups*, den Brasilien gewinnen konnte, bestätigt. Der *Mensalao*-Korruptionsprozess setzt zunehmend auch Lula da Silva zu und macht seine Wiederkandidatur als Präsident unwahrscheinlich – man sieht ihn politisch eher als zukünftigen Gouverneur von SAO PAULO. Wirtschaftlich konnte Brasilien ohne große Highlights am MERCOSUR Gipfel insofern punkten, als dass die seit 13 Jahren stockenden Verhandlungen mit der EU wieder aufgenommen wurden. Die negative Handelsbilanz im ersten Halbjahr resultierte aus erhöhten Importen von Erdölprodukten und hemmte kurzfristig das Wachstum. Interessant ist jedoch, dass trotz schwachen Reals (1 \$ = 2,23 Real) Importe von Luxusgütern nahezu um 20% stiegen. Brasilien setzt verstärkt auf Innovationsprojekte wie Biotechnologie sowie das „*brasilianische Silicon Valley*“ das *San Pedro Valley*. Die Entwicklungspolitik, gerade in Ländern Afrikas, wird durch das Bereitstellen von ca. 900Mrd \$ über die Entwicklungsbank BNDES für den Zeitraum 2013 – 2016 erneut unterstrichen. Brasiliens Rohstoffexporte stiegen für China (Handel allgemein +7,3%), die USA (Ethanol +29%) und die EU allgemein. Das Erschließen der Tiefseeölréserven vor der Küste Brasiliens wurde unter anderem auch durch die Neuvergabe von Ölbohrlicenzen an Interessenten im Mai (letztes Mal 2008) verstärkt. Dabei konnten jedoch von den 289 Ölfeldern 147 nicht vergeben werden bzw. gingen 34 an PETROBRAS. Im Bereich Rüstungspolitik wurden in den Bereichen UAV, Satellitentechnik sowie U-Boottechnik weitere Fortschritte erzielt. Neue multinationale Rüstungsabkommen steigern die eigene Forschung. Die brasilianische Wirtschaftslage erholt sich langsam, liegt jedoch noch weit hinter den Prognosen.

Ausblick auf die kommenden 6 Monate

Brasiliens Außenpolitik ist am besten beschreibbar mit konzentrischen Kreisen:

- bilaterale Nachbarschaftsabkommen vor allem mit Argentinien seit 1985
- MERCOSUR zur Belebung des Wirtschaftsraumes seit 1991
- UNASUR für die Sicherheit in Südamerika seit 2004
- CELAC als Block in Lateinamerika seit 2011
- OAS gegen die Hegemonie der USA in Lateinamerika seit 1948.

Brasilien wird dabei weiter auf seinen regionalen Hegemonialstatus pochen bzw. „*seinen*“ Sitz im VN-Sicherheitsrat anstreben. In Brasilien leben aktuell 22,3 Mio. Menschen unterhalb der Armutsgrenze von 33 \$ im Monat bzw. 71 Mio. von Sozialprogrammen wie u.a. *Bolsa Familia*, welche trotz Kürzungsgerüchten weiter betrieben werden. Die Herausforderungen für Brasilien liegen weiterhin in der Stärkung seiner öffentlichen Infrastruktur durch Ausbau seiner Flug-, Binnen- und Seehäfen sowie seiner Eisenbahnen bis 2020. Ansonst könnten Ressourcen nicht mehr in benötigter Quantität und Qualität ausgebeutet, respektive abtransportiert werden. Es kommt bereits jetzt zu Engpässen, die spürbar sind. Die Sicherung bestehender und neuer Rohstoffquellen sowie der Grenzen drückt sich in der beabsichtigten Anpassung des Wehrbudgets auf vorerst geplant 2,0% des BIP aus. Territoriale Ansprüche rund um die Ölfördergebiete liegen auf der Hand und mögliches Konfliktpotential ist spürbar. Zur Konjunkturbelebung sollen die Energiepreise gesenkt und die Preise für öffentlichen Transport sowie für Kraftstoffe korrigiert werden. Parallel dazu wird man die Ölförderung (auch Tiefsee- und Schieferöle) mit Unterstützung der Ölfirmen hochschrauben, um Energieautarkie zu erreichen. Auch soll der Weltanteil an Seltenen Erden von aktuell 0,28% durch neue Abbaumethoden erhöht werden. Dabei werden weitere Kooperationen und Partnerschaften gesucht, um neue Absatzmärkte zu schaffen sowie Technologiegewinne zu erzielen. Herausfordernd bzw. wegweisend für Rousseffs Wiederkandidatur wird es sein, ob sie es schaffen wird, die aktuell unzufriedene Bevölkerung hinsichtlich der explodierenden Ausgaben für die Fußball-WM zu beruhigen. Die Mittelschicht wächst, jedoch auch der Ärger über die Regierung und deren Korruptionssumpf. Rousseff nahm diesen Ball auf. Dieser politische Druck von der Straße könnte ihr helfen, ihre ursprünglichen Wahlversprechen durchzusetzen. Sie begrüßte die ersten Demonstrationen am Tag danach mit den Worten: „*Brazil awoke this morning stronger*“ und könnte für sich daraus einen „klaren Auftrag“ zum Handeln ableiten. Die politische Eigenverantwortung der brasilianischen Präsidentin für eben diese sozialen und gesellschaftlichen Missstände kann freilich nicht ignoriert werden. Es bleibt abzuwarten, ob es Rousseff gelingt, den gesellschaftspolitischen Spagat zwischen sozialen Forderungen einer breiten Unterschicht und den laufenden, durch Korruption und Verschwendung gekennzeichneten nationalen Prestigeprojekten bei gleichzeitiger Wahrung ihrer Glaubwürdigkeit zu meistern.

Europäische Union

Analyse der letzten 6 Monate

Irland übernahm von Zypern am 1. Jänner 2013 die EU-Präsidentschaft. 40 Jahre ist nun Irland Mitglied der EG bzw. der EU, 1973 wurde zudem auch mit Dänemark, Irland und Großbritannien die erste EG-Erweiterungsrunde vollzogen. Prioritär für die irische Präsidentschaft war die Schaffung von Bedingungen für einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung in der EU verbunden mit der notwendigen Erneuerung der Wirtschaftspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Im Frühjahr übernahm die EU in Mali einen Militäreinsatz: Am 11. Jänner begann im Norden Malis zunächst die „Operation Serval“ mit den ersten Angriffen französischer Kampfflugzeuge gegen radikale Islamisten. Jene Islamisten, die den Norden Malis seit Mitte 2012 kontrollierten, drohten in den Süden des Landes, auf die Hauptstadt Bamako, vorzustoßen. Drei Wochen später hatte die malische Armee mit massiver französischer Unterstützung die von Islamisten besetzten Städte Gao, Timbuktu und Kidal eingenommen. Die Islamistengruppe der „Verteidiger des Glaubens“ (Ansar al-Dine), die „Bewegung für Einheit und Jihad in Westafrika“ (Mujao) und „Al-Qaida im Maghreb“ (AQIM) mussten sich daraufhin zurückziehen. Resultat war die Übernahme eines Militäreinsatzes durch die EU in Mali mit dem Ziel, malische Streitkräfte im Kampf gegen Rebellengruppen auszubilden. Im Juni nahmen über 540 Soldaten aus EU-Mitgliedstaaten an dieser Operation teil. Das EU-Waffenembargo gegen Syrien lief am 1. Juni aus. Großbritannien, Frankreich und Italien drängten auf eine Aufhebung des Waffenembargos und die Bewaffnung von Rebellen gegen den syrischen Präsidenten Assad. Österreich sowie Finnland, Irland, Rumänien, Schweden und die Tschechische Republik standen dieser Forderung ablehnend bis äußerst skeptisch gegenüber. Österreich befürchtete eine Rache der syrischen Armee, wenn die EU die Rebellen mit Waffen versorgen würde. Am 19. April hatten sich Serbiens und Kosovos Regierungen nach 10 Verhandlungsrunden unter der Leitung der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton in einem als „historisch“ geltenden Abkommen über die Selbstverwaltung der serbischen Minderheit im Kosovo geeinigt. Das Abkommen sieht weitgehende Autonomierechte für den Kommunalverband von 10 überwiegend serbisch besiedelten Gemeinden vor. Serbiens Premier Ivica Dačić sah Anfang Mai dieses Abkommen als bestmögliches Ergebnis, eine Anerkennung des Kosovo sei es jedoch keinesfalls. Die Serben werden jedoch weiterhin ihre eigenen Gemeinden, inklusive Polizeikräfte und Justiz, auf dem von ihnen bewohnten Territorium haben, solange, bis aus serbischer Sicht eine geeignete Lösung gefunden wird. Serbien erkennt nun die Autorität der kosovarischen Regierung über den Kosovo zur Gänze an, der Kosovo garantiert im Gegenzug weitläufige Autonomiemaßnahmen für die ca. 45.000 Personen zählende serbische Minderheit im Norden. Kosovos Sicherheitskräfte werden jedoch weiterhin nicht im Norden des Landes stationiert. Zum neuen Euro-Gruppen-Chef wurde in Brüssel am 21. Jänner der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem ernannt. Er löste in dieser Funktion den luxemburgischen Premier Juncker ab, der diese Funktion seit 2005 innehatte. Mitte 2012 wollte er dieses Amt schon zurücklegen. Juncker wurde jedoch überredet, noch einmal sechs Monate zu bleiben. Dijsselbloem strebt seither an, die Bankenunion im Sinne eines tieferen Zusammenwachsens der Euroländer voranzutreiben. Vor dem Hintergrund eines drohenden Staatsbankrottes hatten sich die griechischen Zyprioten am 24. Februar klar für einen proeuropäischen und bürgerlichen Staatschef entschieden. Nikos Anastasiades setzte sich mit einer Mehrheit von 57,5 % gegen den linken Stavros Malsa durch. Deutschland zögerte anfangs mit der Zustimmung zu einem Rettungspaket für Zypern von bis zu 17,5 Mrd. Euro.

Erst wollte Berlin Sicherheiten, dass Schwarzgeldwäsche durch zypriotische Banken wirksam eingedämmt wird – Zypern streitete jedoch derartige Vorwürfe ab. Am 16. März erklärten sich die EU-Finanzminister und der IWF bereit, Zypern mit 10 Mrd. Euro zu helfen. Sie forderten jedoch einen Eigenbetrag Zyperns von 5,8 Mrd. Euro. Den sollte Zypern durch höhere Steuern, Privatisierungen und eine Abgabe auf Bankeinlagen aufbringen. Am 19. März fiel das Paket im Parlament in Nikosia durch, die umstrittene Zwangsabgabe für Bankkunden wurde abgelehnt. Damit war das Rettungspaket von EU und IWF vorerst gescheitert. Zudem hatte Russlands Präsident Wladimir Putin protestiert, auch Bankkunden an einem Hilfspaket zur Rekapitalisierung der zypriotischen Banken zu beteiligen. Premier Medwedjew sprach von einer „*Konfiszierung fremden Geldes*“. Der Kreml sorgte sich um die Vermögen reicher Russen, die ihr Geld in der Steueroase Zypern angelegt haben und um die Kredite russischer Banken an russische Firmen mit Sitz in Zypern. Zwei Tage später legt Zyperns Regierung einen Plan B vor, die EU lehnte ab. Die EZB drohte, Banken sogar den Geldhahn abzudrehen. Am 25. März gab schließlich Zypern nach, EU und IWF gaben dem Land 10 Mrd. Euro. Vier Tage zuvor einigten sich Zyperns Parteien auf die Schaffung eines nationalen Rettungsfonds in der Höhe von 5,8 Mrd. Euro, der den Bankrott der Insel abwenden soll. Nach 12 Tagen sperrten die zyprischen Banken am 28. März um 12.00 Uhr Mittag wieder auf. Kurz zuvor war in der zyprischen Zentralbank noch Bargeld (5 Mrd. Euro) von der EZB eingetroffen. Diese Reserven lagerten zuvor bei der Deutschen Bundesbank. Die Eurogruppe hatte dem Zypern-Hilfspaket mit Finanzhilfen der internationalen Geldgeber von 10 Mrd. Euro am 12. April zugestimmt. In Island wurde im Mai die neue Mitte-Rechts-Koalition unter Premier Sigmundur David Gunnlaugsson vorgestellt, vor den Neuwahlen wurden jedoch die 2010 eingeleiteten Beitrittsverhandlungen mit der EU auf Eis gelegt. Mit dem Sieg EU-kritischer Parteien wurden die Gespräche mit der EU nun ausgesetzt.

Bewertung der letzten sechs Monate

In Mali ist der Krieg mit den Rebellen noch nicht zu Ende: sie zogen sich zurück und könnten wieder auftauchen. Aus der unzugänglichen Bergregion um Kidal, wo sie vor Luftangriffen geschützt sind, könnten Islamisten wieder einen Guerillakrieg starten, wenngleich ihre Versorgungslage derzeit sehr schwierig ist. Österreich beteiligt sich mit neun Soldaten an der EU-Trainingsmission in Mali. Das Scheitern einer gemeinsamen EU-Position zum Syrien-Konflikt macht es nun möglich, dass jedes Land nach eigenem Gutdünken Waffen nach Syrien liefern kann. Die Wahl von Jeroen Dijsselbloem war der kleinste gemeinsame Nenner in einer zähen, sich über Monate ziehenden Debatte um divergierende Interessen der 17 Euroländer, in der zunächst Deutschland und Frankreich den Posten für sich beansprucht hatten. Besonders Deutschland, dessen Finanzminister Wolfgang Schäuble seinen Anspruch auf den Job offen angemeldet hatte, pochte darauf, dass der neue Vorsitzende wieder aus einem Land mit Topbonität kommen sollte. Zuvor wurde auch der Plan fallen gelassen, dass sich Frankreich und Deutschland in der Vorsitzführung abwechseln könnten. Um die kleineren Staaten nicht zu verärgern, erfolgte die Einigung auf Dijsselbloem. Lange hatte sich Zypern gegen den erzwungenen Umbau seines aufgeblähten Bankensektors gewehrt. In der Nacht auf 25. März musste die politische Führung des Inselstaates jedoch einsehen, dass es ohne massive Zugeständnisse kein Geld von den EU-Partnern und damit kein Entrinnen aus der Pleite gab. Das Paket, auf das man sich in langen und mehrmals am Rande des Abbruchs stehenden Verhandlungen einigte, läutete den Neuanfang für das zypriotische Finanzsystem ein. Die Nummer 2 der zypriotischen Banken – die Laiki Bank – wurde aufgespalten. Der überlebensfähige Teil wurde dem Branchen-Ersten Bank of Cyprus zugeschlagen. Der Rest

der Laiki Bank wurde auf eine Bad Bank übertragen. Die von der EU und dem IWF zugesagten Hilfen von 10 Mrd. Euro fließen nicht in die Rekapitalisierung der angeschlagenen Banken, sondern sollen Zypern beim Umbau seiner Wirtschaft helfen. Ziel ist es, die Schuldenlast bis zum Jahr 2020 wieder auf 100% der Wirtschaftsleistung zu bringen. Beitrittsverhandlungen mit Island sollen erst dann wiederaufgenommen werden, wenn eine Mehrheit der Wählerschaft dies in einem Referendum verlangt – und ein Datum für eine derartige Volksabstimmung existiert nicht. 27 der 33 Kapitel sind bisher geöffnet, 11 bereits abgeschlossen. Nach dem Bankenkollaps im Herbst 2008 hatten EU-Mitgliedschaft und die Einführung des Euro als Rettungsanker für die an den Rand des Staatsbankrotts getriebene Inselrepublik gegolten. Die Umfragen zeigten damals auch in der Bevölkerung eine kurze Beitrittsbefürwortung. Im Sommer 2009 beantragte die damalige Mitte-Links-Koalition die Aufnahme in die Union. Doch als sich die Wirtschaft wieder zu erholen begann und die EU im Zwist um die Entschädigung ausländischer Bankkunden Island unter Druck setzte, kippte die Stimmung. Als 28. Mitgliedsland wurde Kroatien am 1. Juli in die EU aufgenommen. Das Land hatte 2003 seinen Beitrittsantrag gestellt. Die Verhandlungen wurden 2011 beendet. Im Jänner 2012 entschied sich eine 2/3-Mehrheit der Bevölkerung in einem Referendum für die Mitgliedschaft. Mit Kroatien haben sich die Amtssprachen der EU auf insgesamt 24 erhöht. Großbritanniens Premierminister David Cameron drohte am 23. Jänner mit einem Referendum über den Verbleib seines Landes in der EU, wenn die EU Großbritannien nicht mehr Sonderrechte zugestehen sollte. Dieses Referendum sollte – insofern Cameron im Frühjahr 2015 wiedergewählt werden sollte – 2017 abgehalten werden. Derzeit plädiert zwar laut Meinungsumfragen ein Großteil der britischen Bevölkerung für einen Austritt aus der EU, jedoch würde dadurch Großbritannien sein Recht verlieren, als gleichberechtigter Partner am EU-Binnenmarkt teilzunehmen. Die restlichen EU-Staaten würden einen der wichtigsten globalen Player in der Außen- und Sicherheitspolitik verlieren. In der Volksabstimmung soll die Bevölkerung, so Cameron, wählen können zwischen einer Mitgliedschaft „zu veränderten Bedingungen“ und dem EU-Austritt. Ein „Europe à la carte“ wird es jedoch nicht geben, so Frankreichs Außenminister Laurent Fabius. Gemäß US-Präsident Obama wäre Großbritannien stärker, wenn es in der EU bleibe.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Die Jugendarbeitslosigkeit verursacht laut britischem „Economist“ weiterhin einen enormen volkswirtschaftlichen Schaden, in Höhe von etwa 118 Mrd. Euro. Seit März 2012 ist die Jugendarbeitslosigkeit in der EU laut Eurostat um einen knappen Prozentpunkt auf 23,5% gestiegen und beträgt in Spanien nun 55,9%, in Griechenland 59,1%, in Italien und in Portugal über 38%, in Österreich und in Deutschland dagegen je 7,6%. Hohe Arbeitslosigkeit verursacht Unruhen, wie in Husby/Stockholm. Dort brachen am 21. Mai mehr als einwöchige schwere Unruhen aus, sie breiteten sich auf andere Betonsiedlungen aus, in denen hauptsächlich Zuwanderer und deren Kinder leben. In Husby geht jeder Fünfte der 15-19-Jährigen weder zur Schule noch zur Arbeit, die Arbeitslosigkeit ist dort dreimal so hoch wie im übrigen Stockholm, das Durchschnittseinkommen um 40% niedriger. In Flammen stand die Integrationspolitik, ebenso wie jene Autos, die in 15 Vorstädten brannten. Abhängigkeit von Sozialhilfe, Arbeitslosigkeit und unruhige Schulen schaffen in Europa weiterhin ein Gefühl der Hoffnungslosigkeit. Nirgends in Europa wuchs laut OECD jedoch die soziale Ungleichheit in den letzten Jahren stärker als in Schweden. Diese Kluft wächst in fast allen europäischen Staaten – viele junge Menschen sehen sich zur Auswanderung gezwungen. Die EU erweiterte sich am 1. Juli mit der Aufnahme Kroatiens erneut Richtung Westbalkan, nach

der Einigung im Dialog zwischen Serbien und Kosovo könnte 2013 die Eröffnung von Verhandlungen mit Prishtina über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU zustande kommen. Mit Kroatien wurde ein Land mit hoher Arbeitslosigkeit und starker Korruption, die laut Ernst & Young jene von Russland sogar übertreffen soll, Mitglied der EU. Am 1. Juli übernahm erstmals Litauen den EU-Vorsitz, somit auch erstmals eine frühere Sowjetrepublik. Ein Hauptschwerpunkt der litauischen Präsidentschaft widmet sich der Stärkung der östlichen Partnerschaft. Die Eurozone wird sich weiterhin ausweiten: Lettland wird am 1. Jänner 2014 18. Mitglied der Eurozone.

EU-Türkei

Analyse der letzten 6 Monate

Zu Beginn des Jahres 2013 hatte Recep Tayyip Erdoğan als Premier einer ökonomisch aufstrebenden Nation der EU noch selbstbewusst entgegnet: einerseits werde die Türkei jeden Beitrag leisten, damit die Euro-Krise überwunden werde. Andererseits werde die Türkei keine Belastung für die EU sein: „*Wir kommen, um Last zu übernehmen.*“ Wenn sich der Beitrittsprozess seines Landes nicht beschleunigen sollte, so Erdoğan, wird sich die Türkei nach Asien orientieren und den „Shanghai Five“ beitreten – einer Organisation von China, Russland und zentralasiatischen Staaten. Erdoğan versuchte so, den Druck für eine Fortsetzung der EU-Beitrittsverhandlungen zu erhöhen, er hatte Russlands Präsidenten Wladimir Putin um Aufnahme der Türkei in diese Organisation gebeten: „*Dann sagen wir der EU auf Wiedersehen.*“ Die US-Regierung hatte sich in der Vergangenheit oft für eine Aufnahme der Türkei in die EU eingesetzt. Wenige Wochen nach Erdoğan's Druckausübung mehrten sich politische Stimmen in Brüssel, Berlin und Paris, noch bis Juli 2013 ein weiteres Verhandlungskapitel zu eröffnen. EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy reiste Ende Mai nach Ankara, um Erdoğan persönlich zu Gesprächen nach Brüssel einzuladen. Die irische EU-Ratspräsidentschaft drängte darauf, am 26. Juni nach jahrelangem Stillstand in den Gesprächen mit Ankara ein weiteres Kapitel – jenes zur Regionalpolitik – zu verhandeln. Anfang Juni begannen jedoch Proteste im Istanbuler Gezi-Park gegen ein geplantes Einkaufszentrum, die sich zu Massenprotesten entwickelten. Kurz danach forderten diese Proteste 4.000 Verletzte und drei Tote. Bis Mitte Juni hatten mehr als eine Million Menschen in 78 von 81 Provinzen der Türkei an Protesten teilgenommen. Vizepremier Bülent Arınç drohte den Demonstranten Mitte Juni sogar mit dem Einsatz der Armee. EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle forderte am 7. Juni eine Bestrafung der Verantwortlichen für den harten Polizeieinsatz. In den letzten 12 Jahren hatte die Türkei Tränengas im Wert von 21 Millionen US-Dollar von den USA und Brasilien importiert. Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach sich aufgrund der Ereignisse in Istanbul gegen eine Aufnahme von Beitrittsgesprächen Ende Juni aus. Der türkische Europaminister Egmen Bağış drohte Merkel daraufhin mit Konsequenzen, wenn sie ihren „Fehler bis Montag“ (gemeint war der 24. Juni) nicht ausbessere. Österreichs Außenminister Michael Spindelegger konnte sich einen Dialog über Fragen der Grundrechte und Justiz vorstellen: Durch die Eröffnung dieses Kapitels 23 könnten die Finger in die Wunde und die Problematik formal auf den Tisch gelegt werden. Die Außenminister Emma Bonino (Italien) und Laurent Fabius (Frankreich) hegten große Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer baldigen Annäherung. Im März hatte die türkische Regierung Zypern in scharfer Form gewarnt, die Finanzkrise mit einem Verkauf von Gasvorkommen bewältigen zu wollen. Die Türkei sei entschlossen, ihre Rechte und die Interessen der türkischen Zyprioten auf der geteilten Insel zu schützen, teilte das türkische

Außenministerium mit. Die Idee, Werte aus Bodenschätzen der Insel in einen Rettungsfonds einzubringen, „*ignoriert grundlegende Rechte der türkischen Zypriern, die Mitbesitzer der Insel sind*“, so das Ministerium. Im Frühjahr erkannte die Regierung in Ankara den inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan als Verhandlungspartner an und vereinbarte mit ihm einen mehrstufigen Friedensprozess. Die erste Phase war ein Waffenstillstand und der Rückzug aller PKK-Kämpfer in den Nordirak. Von seinem Gefängnis auf Imrali aus forderte Öcalan zum Newroz-Fest am 21. März einen umfassenden Waffenstillstand und seine Guerilla-Armee auf, die Türkei zu verlassen. Die PKK steht in den USA und der EU nach wie vor auf der Terrorliste.

Bewertung der letzten sechs Monate

Angela Merkel sprach sich Ende Februar grundsätzlich für eine Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen aus, das Ziel einer Vollmitgliedschaft lehnt sie weiterhin ab. Frankreichs Regierung dagegen pochte zu dieser Zeit auf eine rasche Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Türkei. Seit 2010 stehen die EU-Gespräche mit der Türkei still, dieser Stillstand ist für alle Seiten unbefriedigend. Die EU verurteilte das gewaltsame Vorgehen der türkischen Regierung gegen Demonstranten am Istanbuler Gezi-Park und dem Taksim-Platz, das eine landesweite Protestbewegung auslöste. Außerhalb des Kurdengebietes sind türkische Soldaten seit dem Putsch von 1980 nicht mehr gegen zivile Demonstranten eingesetzt worden. Nur kurz machte es den Anschein, als würde Erdoğan doch einlenken – dann aber drohte er sogar mit dem Einsatz der Armee. Die von Irland angestrebte Fortsetzung der Beitrittsgespräche war für Juni geplatzt und soll wieder im Herbst – unter entsprechenden Voraussetzungen – aufgenommen werden. Über 50 Jahre dauert nun der Annäherungsprozess der Türkei an die EU. Ein EU-Beitritt rückt jedoch in weite Ferne. Für die Eröffnung jedes Beitrittskapitels ist unter allen EU-Mitgliedstaaten Einstimmigkeit erforderlich. Im Jahr 1959 beantragte Ankara die Assoziierung mit der EWG und suchte 1987 um EG-Mitgliedschaft an. 1996 wurde die Türkei Mitglied der Zollunion. 1999 gewährten die EU-Staats- und Regierungschefs dem Land den Status eines Beitrittskandidaten. Gleichzeitig mit Kroatien wurden 2005 schließlich die Beitrittsverhandlungen gestartet. Bisher konnte jedoch nur eines von insgesamt 35 Kapiteln – jenes der Wissenschaft und Forschung – abgeschlossen werden. Und das 2006 ausgerechnet während des EU-Vorsitzes Österreichs. Wegen des ungelösten Zypernkonflikts hatte die EU 2006 acht zentrale Kapitel auf Eis gelegt: jene zum freien Warenverkehr, zum Niederlassungsrecht und zum freien Dienstleistungsverkehr, zu Finanzdienstleistungen, Landwirtschaft, Fischerei, Verkehr, Zollunion sowie zu den Außenbeziehungen. Dennoch weigert sich die Türkei beharrlich, das Freihandelsprotokoll mit Zypern anzuwenden. Mit der Unterzeichnung des Protokolls würde die Türkei den griechischen Teil Zyperns anerkennen, der zur EU gehört. Die Türkei will dies erst tun, wenn die EU ihrerseits die Handelsblockade gegen den türkischen Teil Zyperns aufhebt. Nach drei Jahrzehnten Krieg (1984-2013), der an die 40.000 Menschen das Leben kostete – scheint der Friede zwischen Kurden und dem türkischen Staat nahe. Aus Sicht des PKK-Chefs Murat Karayılan soll die EU die PKK von der Terrorliste nehmen: „*Wenn sie das nicht tut, bedeutet das, dass Europa nicht an einem Friedensprozess interessiert ist.*“ Ein kurdischer Nationalstaat „*steht nicht auf unserer Agenda*“, so Karayılan. Die Demokratisierung der Türkei ist mit der Lösung der Kurden-Frage untrennbar verbunden. Politisch und im Hinblick auf den Lebensstil bleibt die Türkei in drei Gruppen geteilt: Islamisten, Kurden und säkulare Türken.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Im ersten Halbjahr 2012 waren die Beziehungen zwischen der Türkei und der EU auf Eis gelegt, Grund war die EU-Präsidentschaft der Republik Zypern, die von Ankara diplomatisch nicht anerkannt wird. In der Türkei sind die Befürworter eines baldigen Beitritts derzeit in der Minderzahl: Nur noch 33% sprechen sich für einen solchen Schritt aus. Zu Beginn der Beitrittsgespräche im Oktober 2005 waren es noch 70%. In den letzten 50 Jahren haben sich die Europäischen Gemeinschaften und die Türkei komplett gewandelt: Erstere in die EU sowie die säkulare Türkei in eine islamisch geprägte Regionalmacht. Ökonomisch bietet sich für die die kriselnde EU mit der Türkei ein dynamischer 75-Millionen-Einwohner-Markt an. Die Aussicht auf einen EU-Beitritt hatte zudem in der Türkei wichtige Reformen ausgelöst. Es wird auf politischer Ebene noch viel diplomatisches Geschick nötig sein, neues Vertrauen auf Basis einer offeneren Beziehung als heute zu schaffen. 2007 hatte sich Ankara selbst einen Zeitplan auferlegt. Bis 2013 sollten die Beitrittsverhandlungen abgeschlossen werden. Zug um Zug wollte das Land die dafür notwendigen Reformen umsetzen. Ankara erkennt jedoch weiterhin ein Mitgliedsland der EU nicht an und kann deshalb das damit verbundene EU-Recht nicht umsetzen. Diese Pattsituation wird von vielen EU-Regierungen als offizieller Grund genannt, warum kein Fortschritt mehr erzielt werden kann. Am 25. Juni hatten sich die EU-Außenminister zwar auf die Eröffnung eines neuen Beitrittskapitels mit der Türkei geeinigt, die Gespräche sollen jedoch erst im Herbst stattfinden. Die offizielle Beitrittsrunde soll aber erst im Herbst nach dem Fortschrittsbericht der EU-Kommission und nach neuerlichen Beratungen der Außenminister stattfinden. Dies bedeutet, dass die Türkei vorerst nur ein politisches Signal zur Fortsetzung der Beitrittsverhandlungen bekommt. Die tatsächliche nächste Beitrittsrunde mit Eröffnung des neuen Kapitels muss im Herbst von den EU-Außenministern noch einmal einstimmig beschlossen werden. Die Türkei selbst begrüßte den Kompromiss: „Diese Angelegenheit ist erledigt“, sagte Außenminister Ahmet Davutoglu: *„Der Zug Türkei-EU wird nun volle Fahrt aufnehmen können.“*

Freihandelsabkommen EU-USA

Durch das Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership – T-TIP) zwischen der EU und den USA soll ein gemeinsamer Markt für 800 Millionen Menschen entstehen. In Zukunft sollen Waren ohne Zoll dafür mit den gleichen Produktstandards zwischen der EU und den USA gehandelt werden. Hintergrund für die Einführung der T-TIP ist die angeschlagene Wirtschaft sowohl in der Eurozone als auch in den USA und die damit verbundene Hoffnung, durch den gemeinsamen Handel die Wirtschaft dies- und jenseits des Atlantiks anzukurbeln. Am 14. Juni hatten die EU-Handelsminister nach elfstündigem Ringen um französische Sonderwünsche der EU-Kommission das Mandat für Handels- und Investitionsgespräche mit den USA erteilt. Im Namen der EU wird die Kommission verhandeln und sowohl die EU-Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament informieren. Am 17. Juni verkündeten US-Präsident Obama, EU-Kommissionspräsident Barroso sowie der Präsident des Europäischen Rates Van Rompuy, dass EU und USA Verhandlungen zum Thema T-TIP aufnehmen werden. Im Juli sollte die erste Runde der Verhandlungen in Washington beginnen, bis 2015 soll die T-TIP vollbracht sein. Die EU-US-Handelsbeziehungen sind die größten der Welt – täglich werden Waren und Dienstleistungen im Wert von 2 Mrd. Euro gehandelt. Dies ist das größte Abkommen, was jemals bilateral verhandelt wird. Laut Münchner IFO-Institut soll sich dadurch die Weltwirtschaftsleistung um

3,3% erhöhen, 2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze soll das Abkommen in den Industrieländern schaffen. Der Zollsatz zwischen der EU und den USA ist mit 2,8% im Schnitt bereits so niedrig, dass dessen Abschaffung den Handel kaum belebt. Die befreiende Wirkung des Abkommens sollte also von weniger Bürokratie und Regulierung kommen. Derzeit lassen Exporteure ihre Produkte eigens prüfen, um eine Zulassung zu bekommen, sie benötigen z.B. andere Verpackungen mit anderen Hinweisen. Oder sie stoßen auf Protektionismus - insbesondere bei Importquoten, wenn öffentliche Aufträge oder Förderungen stets an inländische Firmen gehen. Erst wenn derartige Hürden wegfallen, hätten viele kleinere und mittlere Unternehmen die Möglichkeit, jeweils jenseits des Atlantiks zu verkaufen. Eine derartige „tiefe Liberalisierung“ ist das Ziel. Die großen Verlierer dieses Abkommens wären traditionelle Handelspartner der USA: Australien, Kanada, Mexiko. Die Nordamerikanische Freihandelszone NAFTA würde an Bedeutung verlieren. Wer bereits heute stark in Europa mit den USA im Handel verbunden ist, könnte vom T-TIP am meisten profitieren. Starke Impulse würden auch kleine, exportorientierte Länder wie Österreich erhalten. Der Wachstumseffekt laut IFO würde in Österreich nur 2,7 Prozentpunkte und 11.600 Jobs betragen. Die heimische Wirtschaft ist zwar sehr stark mit der EU-Wirtschaft verbunden, jedoch weniger mit jener der USA. Im EU-Handel ist der Effekt tendenziell negativ. Der Vorteil des EU-Binnenmarktes wird kleiner. So könnte eine österreichische Firma, die nach Deutschland verkauft, von einer US-Firma verdrängt werden, die ein gleichwertiges Produkt günstiger anbietet. Spanier könnten davon profitieren, dass sie teure Importe aus dem Norden der EU durch günstigere aus den USA ersetzen können. Insbesondere Großbritannien könnte stärker an die USA wirtschaftlich gebunden werden, ein EU-Austritt des Landes wäre wahrscheinlicher. Die geplante Freihandelszone mit den USA sorgte zunächst für unterkühlte Stimmung zwischen der EU und den USA. Frankreich hatte darauf bestanden, dass der Kultursektor von den Verhandlungen ausgenommen wird. Frankreich betrachtet die Filmbranche traditionell als wichtigen Bestandteil seiner kulturellen Identität, die von Hollywood nicht untergraben werden dürfe. So versprach die USA, dass Hollywood das Anliegen Frankreichs achtet. Die Gespräche müssten rasch beginnen und ehrgeizig geführt werden, „damit wir in absehbarer Zeit – und das bemisst sich in wenigen Jahren – zu einem Abschluss kommen können“, so Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel am Rande des G-8-Gipfels in Lough Erne.

Die NATO

Analyse der letzten sechs Monate

Im Februar wurden die letzten der sechs Patriot-Raketenabwehrbatterien in der Türkei aufgestellt. Offizielles Ziel der NATO ist die Abwehr gegen mögliche Angriffe aus dem benachbarten Syrien. Das Raketenabwehrsystem soll nach NATO-Angaben an die dreieinhalb Millionen Türken im Süden und Südosten des Landes vor Angriffen schützen und könnte ein Jahr lang auf türkischem Boden stationiert bleiben. Aufgrund der Unterstützung von Rebellen, die sich im Kampf gegen das syrische Regime von Bashar al-Assad befinden, durch die Türkei befürchtet die türkische Regierung mögliche syrische Angriffe durch syrische Scud-Raketen, deren Sprengköpfe auch mit chemischen Kampfstoffen befüllt werden könnten. Eine Verkürzung sowie auch eine Verlängerung der Stationierungszeit wäre laut NATO-Angaben möglich. Zudem sollen die Patriots auch eine NATO-Radaranlage, die 2012 in Kurecik im Südosten der Türkei errichtet wurde, beschützen: diese Radaranlage könnte auch iranische Raketenstarts erfassen. Die Lage zwischen Syrien und dem NATO-Mitglied Türkei spitzte

sich am 10. Mai zu, als in der türkischen Stadt Reyhanli, die sich wenige Kilometer entfernt von der syrischen Grenze in der Provinz Hatay befindet, innerhalb von fünf Minuten zwei Autobomben vor dem Postamt und dem Rathaus gezündet wurden. 51 Menschen kamen dabei ums Leben. Laut Aussagen des türkischen Innenministers Muammer Güler war der Zweck der Anschläge, die „*Region aufzumischen*“. Die Polizei nahm neun Verdächtige fest, alle türkische Staatsbürger, die nach Angaben der türkischen Regierung Verbindungen zum syrischen Nachrichtendienst gehabt haben sollen. Die Regierung in Damaskus wies jedoch die Verantwortung in diesem Zusammenhang entschieden zurück. Am 23. April nannte Deutschland als erster NATO-Alliiertes beim Außenministertreffen in Brüssel konkrete Zahlen für die ISAF-Nachfolge-Operation „Resolute Support“ (600-800 Soldaten und Ausbildungsexperten) in Afghanistan, während sich die USA diesbezüglich noch zurückhielten. Die Ambitionen Norwegens, die NATO zu überzeugen, eine starke direkte militärische Präsenz in der Arktis zu errichten – ebenso als strategisches Gegengewicht zu Russland und dessen umfassenden Aufrüstung der nördlichen und östlichen See-, Luft- und Landstreitkräfte – scheiterten. Spannungen in der Region, die auch die in der Arktisregion vermuteten Öl- und Gasressourcen betreffen, könnten nur durch Dialog bewältigt werden, so der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Am 30. März hatten russische Kampffjets (4 Su-27 Flanker) und Bomber (2 Tu-22M3 Backfire) einen Bomberangriff auf militärische und industrielle Ziele in Schweden simuliert. Dabei stellte sich heraus, dass Schweden keine JAS-Gripen-Fähigkeiten während dieser Nacht zur Verfügung hatte, um diesen simulierten Angriff entgegenzuwirken. Diese plötzliche Bedrohung wurde von dänischen F-16 abgewehrt, die von der NATO-Luftraumüberwachungsstation in Siauliai aus operieren. Die russische Flotte näherte sich sehr nahe dem schwedischen Luftraum und der Insel Gotland, um simulierte Attacken auf Schweden durchzuführen. Norwegen hat den Hohen Norden verteidigungspolitisch inzwischen zu einer obersten Priorität erklärt. Zudem versucht Norwegen, sowohl die NATO als auch die EU zu ermutigen, diesem Raum sicherheitspolitisch mehr Bedeutung beizumessen. Die Entscheidung der schwedischen Regierung, die Luftwaffe zu verkleinern – von 20 Squadrons und 400 Flugzeugen auf 4 Divisionen mit weniger als 140 Kampfflugzeugen – hatte auch die Schnellreaktionsfähigkeit (Quick Reaction Alert – QRA) vermindert.

Bewertung der letzten sechs Monate

Durch das Patriot-Abwehrsystem der NATO sollen mögliche Bedrohungen von ballistischen Flugkörpern aus Syrien von der Türkei abgewendet werden. Der Auftrag der Radarstation in Kurecik liegt in der Frühwarnung und in der Erfassung von iranischen Raketenstarts, die sich gegen US-Verbündete, darunter auch Israel, richten können. Kurecik ist diesbezüglich direkt mit amerikanischen Schiffen im Mittelmeerraum verbunden. In Afghanistan begann Mitte 2013 die letzte Phase der Transition, die mit der vollständigen Sicherheitsverantwortung für die afghanische Armee und Polizei mit Ende 2014 abschließt. ISAF wechselte mit diesem „Milestone“ endgültig von der Kampf- in eine Unterstützungsrolle, womit der mehr als 1,5 Jahre dauernde ISAF-Abzug eingeleitet wurde. Parallel zur ISAF-Reduzierung laufen die Planungen für die Nachfolgemission weiter, die den Namen „Resolute Support“ tragen wird. Umfang und Zusammensetzung dieser Ausbildungsunterstützung für die ANSF sind noch nicht festgelegt und variieren zwischen 10.000 und 20.000 Soldaten. Die Planungen waren auch von bilateralen Zerwürfnissen zwischen der NATO und der afghanischen Regierung überschattet. Diese betrafen das Verbot für afghanische Kräfte, in Operationen ISAF-Luftunterstützung anzufordern und die Aufforderung an ISAF-Spezialeinsatzkräfte, eine

Provinz des Landes in kürzester Zeit zu verlassen. Auch ursprüngliche Überlegungen, die derzeit knapp 352.000 Mann starken afghanischen Sicherheitskräfte zahlenmäßig nach 2014 relativ rasch wieder zu vermindern, werden im Zuge der „Resolut Support“-Planungen einer erneuten Überarbeitung zugeführt. Australien intensiviert seine Beziehungen zur NATO und richtet, basierend auf dem ISAF-Engagement, formelle Partnerschaftsbeziehungen ein. Nach der Unterzeichnung einer politischen Grundsatzerklärung (NATO-Australia Joint Political Declaration) am 14. Juni 2012 wurde nun im NATO Hauptquartier das erste konkrete Kooperationsdokument abgeschlossen.

Ausblick auf die nächsten sechs Monate

Der Abzug aus Afghanistan vollzieht sich planmäßig. Ziel der NATO bleibt es, Afghanistan nicht erneut zu einem Hort des Terrorismus werden zu lassen. Aus diesem Grund erklärte sich die USA bereit, mit der Taliban zu verhandeln. Wie die Taliban mit sich verhandeln lassen, bleibt offen. Am 4. Juni kamen die NATO-Verteidigungsminister während ihres ersten jemals abgehaltenen Cyberdefense-Treffens überein, dass bis Herbst 2013 die Cyberdefense-Kapazitäten des Bündnisses voll einsatzfähig sein sollen. Bis Oktober sollen die Mittel und Fähigkeiten feststehen, wie die NATO ihre Mitgliedstaaten im Fall von Cyberattacken umfassend unterstützen könnte. Es geht dabei auch um den möglichen Einsatz von Cyberdefense Response Teams, die dazu ins Leben gerufen wurden, um gegen Bedrohungen gegen 55 NATO-Einrichtungen vorzugehen. Die NATO entsendete im Juni ein Team nach Libyen, um die Möglichkeit zur Ausbildung von libyschem Militär zu eruieren, zwei Jahre, nachdem die NATO die Rebellen im Kampf gegen Muammar Gaddafi unterstützt hatte. Noch im Laufe des Jahres soll entschieden werden, ob und wie sich eine derartige Mission gestalten könnte.

Globale Wirtschaftsentwicklung

Wenn auch die letzten Monate nicht friktionsfrei waren, ist doch festzustellen, dass die Wirtschaftsentwicklung, von einer globalen Perspektive betrachtet, positiv verlaufen ist. Es mehren sich die Anzeichen, dass die Weltwirtschaft Fahrt aufnimmt und auch das rezessionsgeplagte Europa mittelfristig wieder zu Wachstum zurückkehrt. Das globale Wirtschaftswachstum betrug Ende 2012 2,75% und wird gemäß IWF-Prognosen 2013 3,25% erreichen. So wuchs die Wirtschaft im Vergleich zum Vorjahreszeitraum im ersten Quartal 2013 in China um 7,7%, in der Türkei um 3%, in den USA um 2,4%, in Brasilien um 1,9%, in der Schweiz um 0,6% und in Großbritannien um 0,3%, während in der EU-27 ein Rückgang von 0,7% und in der Eurozone sogar ein Rückgang von 1,1%, verzeichnet wurde.

Die wirtschaftliche Erholung wird weitergehen, aber vor allem in den entwickelten Ländern noch sehr schwierig werden. In der zweiten Jahreshälfte 2013 ist in den meisten entwickelten Ländern aber bereits mit einer erkennbaren Erholung zu rechnen. Getrieben von den USA und Japan ist dabei in den entwickelten Staaten ein Wachstum von 2% zu erwarten. Japan setzte zuletzt massive fiskalpolitische Maßnahmen um die Deflation zu beenden und die Konjunktur zu beleben. Unter anderem durch Abwertung des Yen konnten die Exporte erhöht werden. In der Euro-Zone ist hingegen 2013 noch eine Rezession von 0,3%, 2014 dann ein Wachstum von 1,1% prognostiziert. Dennoch sind selbst aus europäischer Sicht die Entwicklungen vorsichtig optimistisch zu betrachten. Nach über einem Jahr Rezession und schwachen Arbeitsmärkten im Euroraum ist die Hoffnung groß und berechtigt, dass die Trendwende in Sicht ist. In den Wachstumsmärkten und in den Entwicklungsländern ist bereits aktuell ein deutliches Wirtschaftswachstum zu erkennen. Laut IWF sind 2013 für diese Ländergruppe 5,3%, 2014 5,7% zu erwarten.

Es gibt aber auch erhebliche Unsicherheitsfaktoren. So ist es durchaus problematisch, dass seit der Wirtschaftskrise 2008/2009 die internationalen Zentralbanken das globale Wirtschaftssystem durch Senkung der Zinssätze mit Billionen Dollar, Euro, Pfund und Yen überflutet haben. Die Zentralbankgeldmenge stieg in diesem Zeitraum in den USA um mehr als 250%, in Großbritannien um 330% und in der Eurozone um 50%. Ziel dieser Maßnahmen ist es, die Kreditkosten zu senken bzw. niedrig zu halten und somit Ausgaben und Investitionen von privaten Haushalten, Unternehmen und Staaten zu stützen. Harvardprofessor Kenneth Rogoff stellt dazu aber fest, dass sich das damit einhergehende Risiko vor allem aus der Tatsache ergibt, dass dies eine unerprobte, experimentelle Strategie ist. Der IWF sieht mittelfristig neben den Risiken im Zusammenhang mit der unkonventionellen Geldpolitik vier weitere Risikokategorien für die Entwicklung der globalen Wirtschaft: (1) sehr geringes Wachstum oder Stagnation in der Eurozone, (2) fiskalpolitische Probleme in den Vereinigten Staaten oder Japan, (3) geringeres Wachstum oder übermäßige Inflation in den entwickelten Ländern und (4) einem Rückgang des Produktionspotenzials in wichtigen Schwellenländern.

Die alte Welt: USA

Günstige Energie, Geld und Arbeitskräfte sind die Kernfaktoren für die Erholung der amerikanischen Wirtschaft. In den USA sind mit Beginn 2013 weitreichende automatische Ausgabenbeschränkungen in Kraft getreten und die US-Regierung musste die Staatsausgaben um ca. 5% reduzieren. Dennoch konnte der um 3,5% höhere private Konsum - der immerhin

70% der US-Wirtschaftsleistung ausmacht – das amerikanisch BIP ausreichend stimulieren. Das Wachstum der mit Abstand größten Volkswirtschaft ist zwar noch nicht so hoch um die Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken, aber es ist bereits von einer Re-Industrialisierung der USA die Rede. Faktum ist, dass sich die Relationen der Arbeitskosten zwischen Asien und den USA deutlich zugunsten der USA verschoben haben. Wenn auch asiatische Arbeitskräfte noch massiv günstiger sind, sind die Vorteile angesichts der wesentlich höheren Produktivität amerikanischer Unternehmen derzeit deutlich geringer als noch vor wenigen Jahren. Problematisch scheint derzeit nur, dass dem Rückgang der Arbeitslosigkeit eine Abnahme der Erwerbsquote gegenübersteht, was mittelfristig die Inlandsnachfrage senken könnte. Dennoch kündigte US-Notenbankchef Ben Bernanke bereits an, auf Grund der positiven Prognosen die laufenden Anleihenkäufe 2014 zu beenden.

Japan

Im ersten Quartal 2013 überraschte die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt mit einem Wachstum von 4,1% positiv. Der IWF erwartet auf das gesamte Jahr 2013 gesehen allerdings nur eine Steigerung von 1,6%. In Japan wurden umfassende konjunkturstimulierende Maßnahmen gesetzt, die das Wachstum stärken sollten. Exporte profitieren dabei vom billigen Yen und gleichzeitig sorgt eine verbesserte Verbraucherstimmung für erhöhten Konsum. Auffallend aber nicht überraschend ist auch, dass die Kreditvergaben durch die japanischen Banken deutlich gesteigert werden konnten. Grundlage dafür ist billiges Geld der Notenbank – die konkrete Umsetzung des von der japanischen Regierung angeordneten Programms, ungefähr eine Billion Euro in die Wirtschaft zu pumpen. Beobachter betrachten daher auch mit Sorge die aggressive Geldpolitik Japans. Die japanische Notenbank kauft nicht nur massiv Staats- sondern auch Unternehmensanleihen auf, was bei einem Scheitern jedoch zu Störungen der weltweiten Finanzmärkte führen könnte.

...und Europa

Nach einer kurzfristigen Erholung 2010/11 befindet sich der Euro-Raum nunmehr bereits seit Ende 2011 in einer Rezession. Die tiefe Krise der Südländer hat dabei auf Grund der engen Verbindungen und Abhängigkeiten auch auf den zentral- und nordeuropäischen Wirtschaftsraum übergreifen. Durch den Ankauf von Staatsanleihen europäischer Krisenländer seitens der EZB konnten Finanzspekulationen gegen einzelne Krisenländer jedoch eingebremst und den betroffenen Ländern der Zugang zum Finanzmarkt wieder ermöglicht werden. Die letzten Monate sahen diesbezüglich wieder eine deutliche Beruhigung der Lage. Die Geldpolitik in der Euro-Zone verdeckt aber auch die Schuldenprobleme einiger europäischer Staaten bzw. Banken. Auch ist die Politik der EZB nicht unumstritten, da diese die Gefahr einer Inflation in sich trägt. Die unterschiedlichen Interessen der europäischen Länder – einerseits der finanzstarken Länder Zentral- und Nordeuropas, andererseits der finanzschwachen Länder im Süden – haben auch krisenhafte Auswirkungen auf das Projekt Europa selbst.

Weiterhin besteht die Gefahr, dass Banken die sich auf südeuropäische (Heim-)Märkte fokussiert haben, wegen massiver Kreditausfälle Gefahr laufen, zahlungsunfähig zu werden. Die Krise bzw. die europäischen und internationalen Geldgeber zwingen die Krisenländer zu strukturellen Maßnahmen (Reduktion aufgeblähter und in Klientelwirtschaft verhafteter staatlicher Behörden und Institutionen, Pensions- und Gesundheitssystem, etc.). Zahlreiche Beobachter beurteilen die Bereitschaft zu notwendigen Strukturreformen als weiterhin zu gering. Produktionskosten, Wettbewerbsfähigkeit, Investitionsklima und damit

Wachstumsaussichten hängen aber schlussendlich davon ab. Gleichzeitig herrscht aber in einigen europäischen Ländern Rezession und die Krise erzeugt eine noch höhere Arbeitslosigkeit, insbesondere unter der jungen Bevölkerung. Die strikten Sparmaßnahmen verhindern gleichzeitig, dass die betroffenen Staaten relevante Programme zur Eindämmung der Jugendarbeitslosigkeit realisieren könnten. Es entsteht in einigen europäischen Staaten eine Generation die niemals in den Arbeitsprozess integriert worden ist. In den südeuropäischen Ländern liegt die Jugendarbeitslosigkeit schon bei über 50%, aber auch in Bulgarien beträgt sie fast 30% und selbst in Finnland fast 20%. Notwendige Strukturmaßnahmen jedoch nicht zu ergreifen, führt jedenfalls noch weiter in die Krise, wie Frankreich beweist. Die Rücknahme der Rentenreform, die Übermacht der Gewerkschaften und die mangelnde Bereitschaft der Politik, mutige Schritte zu setzen führen zu massiven Betriebsabwanderungen bzw. –schließungen und ständig neuen Rekordarbeitslosigkeitsraten. Frankreich hat die höchsten Lohnstückkosten der Euro-Länder und kann weder mit Deutschland noch den reformbereiten Krisenländern des Südens mithalten. Das Ergebnis ist die inzwischen fast niedrigste Industrierate der Euro-Länder (Rang 15 von 17), mit einem Anteil an der nationalen Wertschöpfung von nur noch 12,5%.

Diese Tatsachen haben aber gewaltige soziale und politische Sprengkraft. Wie in einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation festgehalten wurde, nimmt das Risiko sozialer Unruhen auf Grund von Arbeitslosigkeit, niedrigem Lebensstandard und sozialer Ungerechtigkeiten vor allem in den betroffenen südeuropäischen Ländern deutlich zu. Auch der Präsident der Europäischen Investitionsbank, Werner Hoyer, warnte zuletzt eindringlich vor den Gefahren einer dauerhaft hohen Jugendarbeitslosigkeit.

Laut IWF ist der Ausblick für das Jahr 2013 nicht nur in den europäischen Krisenländern sondern auch in den Kernländern angespannt. Es ist fraglich, ob die finanzstarken Märkte genug Zugkraft haben werden, die schwächeren Länder aus der Krise zu führen. Deutschland kann zwar ein leichtes Wachstum erwarten, Frankreich und die Krisenländer wie Spanien und Italien müssen aber mit einer deutlichen Rezession rechnen. In der Eurozone und vor allem in den europäischen Krisenländern ist das Risiko also nicht unbeträchtlich, dass die Rahmenbedingungen auch in absehbarer Zukunft angespannt bleiben.

Die österreichische Wirtschaft stagnierte im ersten Quartal 2013 und die Arbeitslosenquote betrug stabil 7,5%. Gemäß dem aktuellen WIFO-Konjunkturtest ist eine rasche Veränderung auf Grund mangelnder Export- wie Inlandsnachfrage nicht zu erwarten. IWF und WIFO gehen für 2013 von einem Wachstum von 0,6 bzw. 0,4% und 2014 von 1,6% bzw. 1,8% aus.

Die neuen Wachstumsmächte

Im Gegensatz zu den doch recht schwierigen Bedingungen der entwickelten Länder scheinen die Aussichten der Wachstums- und Entwicklungsmärkte generell positiv zu sein. Obwohl 2012 die Probleme der „alten Welt“ teilweise durchgeschlagen haben, sind die aktuellen Wachstumsaussichten sehr positiv. Nach den Prognosen des IWF wird sich in Lateinamerika das Wirtschaftswachstum weiter steigern und auch Brasilien wird sich nach den Schwierigkeiten des letzten Jahres erholen. 2013 ist für die größte Volkswirtschaft der Region ein Wachstum von 3% zu erwarten. Einige Länder Lateinamerikas müssen aber mit Problemen auf Grund der übermäßig hohen Inflation rechnen. Russland kann 2013 mit Wachstumsraten von 3,4% und 2014 mit 3,8% rechnen. Auch wenn die Ölpreise zuletzt nicht mehr gestiegen sind, ist Russlands Wachstum weiterhin von hohen Rohstoffpreisen begünstigt. Auf Grund erhöhter externer Nachfrage ist für Indien nach einem Wachstum von

4% 2012, 5,7% im heurigen Jahr und 6,2% 2014 zu erwarten. Mittelfristig wird Indien aber seine strukturellen Rahmenbedingungen verbessern müssen, wenn es sein Wachstum nicht gefährden will. Südafrika kann 2013 nur mit 2,8% und 2014 mit 3,3% Steigerung rechnen. Grund dafür ist die derzeit noch geringe Nachfrage der europäischen Hauptabnehmer seiner Bergbauindustrie. Subsahara-Afrika kann auch 2013 und 2014 auf Grund geringer Arbeitskosten, Rohstoffreichtums und stabiler Heimmärkte mit positivem Wachstum rechnen. Signifikante Schwierigkeiten sind jedoch weiterhin für die Märkte des Nahen Ostens und Nordafrikas zu erwarten. Hier wirken sich die politischen Probleme und Konflikte auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten aus.

...und China

In den letzten Veröffentlichungen sank das Exportwachstum Chinas deutlich. Die Nachfrage der wichtigsten Handelspartner USA und EU gingen zurück und auch die politisch-notwendige Aufwertung des Yuan gegenüber dem Dollar wirkte sich aus. China hat zwar für europäische Verhältnisse weiterhin gigantische Wachstumswahlen (+ 7,7%), gleichzeitig aber einen gewaltigen Aufholbedarf. Chinas Premier Li Keqiang hat daher auch festgestellt, dass für den Aufbau eines Sozialsystems massive Ausgaben notwendig werden, die anderweitig eingespart werden müssen.

China, Brasilien, die Türkei und andere Wachstumsmärkte sind auch zur Aufrechterhaltung der inneren Ruhe zu weiterem Wachstum „verdammt“. Die Auflösung traditioneller Strukturen und gleichzeitig nur begrenzte Übernahme sozialer Aufgaben durch den Staat bergen gewaltige soziale Sprengkraft in sich. Gleichzeitig steigen die politischen Forderungen der wachsenden Mittelschicht. Jüngste Protestwellen in der Türkei und Brasilien haben dies wieder einmal deutlich gemacht.

Rohstoffe und die Expansion Chinas

Fast alle Industriestaaten haben Bedarf an importierten Rohstoffen und nutzen zu deren Sicherstellung auch ihre politische und militärische Macht. Die damit zusammenhängende Präsenz der USA, Großbritanniens, Frankreichs aber auch teilweise Russlands sind über Jahrhunderte gewachsen und daher strategisch abschätzbar. Neue Akteure verschieben bzw. verändern den Status quo. Solche Veränderungen tragen das Potential gegebenenfalls auch gewalttätiger Auseinandersetzungen in sich. Insbesondere China befindet sich dabei im Fokus solcher strategischer Veränderungen. China hat einen großen Bedarf an Rohstoffen bzw. an gesicherten Handelsrouten und versucht daher seine strategische Position kontinuierlich auszubauen. Wie im kürzlich veröffentlichten chinesischen Weißbuch festgehalten wurde, betrachtet China die weltweiten Meere und Ozeane als Lieferant von Ressourcen für Chinas nachhaltige Entwicklung, was ein vitales Interesse für China darstellt. China ist gewillt, diese Interessen auch militärisch zu sichern und wird daher die entsprechenden Kapazitäten weiter massiv ausbauen. Seine maritimen Ambitionen sind dabei vor allem auf den Westpazifik und den Indischen Ozean gerichtet. Dabei ist auch zu beachten, dass China vermutlich bereits 2013 zum weltgrößten Ölimporteure wird. Damit wird auch die Verwundbarkeit und der damit einhergehende Bedarf zum Schutz der Handelsrouten dieser Energielieferungen deutlich. Nicht nur die westlichen Industrienationen sondern auch die neuen Mächte wie China zeigen daher ihre Bereitschaft an Militäraktionen zur Sicherung der Handelsrouten beizutragen. So hat China seit 2009 laufend eine Flottille zur Bekämpfung von Piraten und zum Schutz internationaler Handelsschiffe vor der ostafrikanischen Küste im Einsatz.

China wird aber wohl auch sein Engagement in Zentralasien und somit auch in der Konfliktzone Afghanistan ausbauen. Nach dem Abzug der NATO ist auch dort mit einer verstärkten Wirtschaftspräsenz chinesischer Unternehmen zu rechnen.

Auch in Afrika ist China äußerst expansiv tätig und stößt dabei massiv in traditionelle Interessensgebiete europäischer Märkte vor. In Afrika ist China inzwischen zu einer fixen Größe geworden. In zahlreichen Staaten sind chinesische Firmen nicht nur im Rohstoffgeschäft, sondern auch beim Ausbau der Infrastruktur tätig. China versucht generell seine Aktivitäten breit aufzustellen, um Partnerländer eng an sich zu binden. Von afrikanischen Ländern wird das chinesische Engagement generell positiv aufgenommen, vereinzelt gibt es aber auch Konflikte. So hat Gabun vor kurzem der chinesischen Ölförderfirma Sinopec wegen angeblicher Vertragsverletzungen Förderlizenzen entzogen. In diesem Zusammenhang sprechen einige Beobachter generell von einem höheren Selbstvertrauen afrikanischer Staaten, die am afrikanischen Kontinent zusehends selbst zu Akteuren werden.

Als zukünftige Rohstoffquelle und Handelsroute ist auch bereits die Arktis im Visier zahlreicher Akteure. Es wird vermutet, dass die arktischen Erdöl- und Erdgasvorkommen ein Drittel der weltweiten Vorräte ausmachen. Sicherheitspolitische Relevanz hat die unterschiedliche Interpretation des politischen Status der Arktis durch die Anrainerstaaten. Insbesondere Russland versucht seit Jahren seine Hoheitsgebiete auszuweiten. Basierend auf geologischen Untersuchungen, die beweisen sollen, dass weite Gebiete der Arktis dem russischen Festlandsockel zuzurechnen sind, wird Russland vermutlich noch 2013 einen Antrag auf die Erweiterung seiner Grenzen auf dem arktischen Schelf bei der zuständigen UN-Kommission stellen. Auch Norwegen, Kanada und Dänemark wollen ihre Grenzen erweitern. Aber nicht nur diese Anrainerstaaten, sondern auch andere potentielle Bedarfsträger haben ihre Interessen direkt oder indirekt postuliert. Unter anderem sind Indien, Japan, Singapur und China dem Arktischen Rat vor kurzem als Beobachter beigetreten – ein Status, welcher der EU vorerst noch vorenthalten wird. Konsequenterweise hat sich das staatliche chinesische Unternehmen CNOOC bereits um die Erschließung eines Festlandsockel-Ölfeldes vor Norwegen beworben. Überdies hat China ein Forschungszentrum, das China-Nordic Arctic Research Center, gegründet, um die wirtschaftlichen Potentiale und andere Aspekte der zukünftigen Nutzung des Raumes zu analysieren. China macht damit deutlich, dass es seinen Einfluss in dieser Region sichern und ausbauen will. Die sicherheitspolitische Dimension dieser wirtschaftlich basierten Bemühungen zeigt sich auch daran, dass es innerhalb der westlichen Anrainerstaaten bereits Diskussionen darüber gibt, ob die NATO eine größere Rolle in diesem Raum spielen sollte.

Dass China und Russland auch an den antarktischen Ressourcen partizipieren wollen, machten sie deutlich, als sie Ende 2012 gemeinsam die Schaffung eines Meeresschutzgebietes in der Antarktis verhinderten. Neben kurzfristigen Fischereiinteressen, ist langfristig auch die Nutzung von Rohstoffquellen denkbar, jedoch zumindest vorerst auf Grund des Madrider Protokolls bis 2048 verboten. Sollten dann die rohstoffhungrigen Industriestaaten entsprechendes Know-How aus den mittelfristig zu erwartenden Förderungen in der Arktis gewonnen haben, sind entsprechende Bemühungen zur Rohstoffgewinnung im Südlichen Ozean nicht auszuschließen.

Rüstung und Rüstungsindustrie

Wirtschaftlicher Erfolg erlaubt auch entsprechende Rüstungsausgaben. Das Bild vergangener Jahre hat sich dabei nicht verändert. Die USA sind und bleiben auch dank massiver Ausgaben (45,3% der globalen Rüstungsausgaben) die dominierende Militärmacht. China ist inzwischen bei Rüstungsausgaben bereits zur zweitgrößten Militärmacht aufgestiegen und steigert seine Militärausgaben auch 2013 um über 10%. Dabei ist auch zu beobachten, dass das chinesische Militär kontinuierlich von Importen zu Eigenproduktionen wechselt.

Von sicherheitspolitischer Relevanz sind auch Exporte der Rüstungsindustrien der Groß- und Mittelmächte. Neben den traditionellen Akteuren USA, Russland, Großbritannien, Frankreich und auch Deutschland hat sich zuletzt China massiv positioniert. Gemäß dem schwedischen Forschungsinstitut Sipri war 2012 China im globalen Waffenhandel hinter den USA und Russland bereits der drittgrößte Lieferant von Rüstungsgütern. China ist damit in der Lage, auch über Rüstungsexporte Allianzen zu schmieden bzw. Partner an sich zu binden.

Konferenzen und Abkommen

G-8-Gipfel 17. – 18. Juni in Lough Erne

Im Vorfeld des G-8-Gipfels in Lough Erne (Nordirland) hatte Russland die USA massiv dafür kritisiert, die syrische Opposition mit Waffen beliefern zu wollen, gleichzeitig hatte Russland auch klar gemacht, dass der Kreml weiterhin Waffen an das Regime Assad liefern werde. Deutschlands Bundeskanzlerin Merkel hatte klargestellt, dass sie von Waffenlieferungen generell nichts halte – weder an die eine noch an die andere Seite. Weiteres Thema des Gipfels waren die „3T“ (trade, transparency and tax). Im Vorfeld des Gipfels einigten sich die EU und die USA, noch im Juli Gespräche über eine transatlantische Freihandelszone aufzunehmen. Frankreich hatte diesbezüglich noch eingewilligt, nachdem das Versprechen erfolgte, dass Hollywood nicht die kulturelle Identität der französischen Filmindustrie untergraben wird.

Die Gespräche über die heiklen Themen hatten in Lough Erne noch gar nicht begonnen, da war die Stimmung auf dem G-8-Gipfel bereits getrübt. Grund der Aufregung war ein Bericht der Londoner Zeitung „The Guardian“, wonach die britische Regierung 2009 als Gastgeber der G-20-Finanzminister sowie der Staats- und Regierungschefs die Teilnehmer ausspioniert hatte: *„Die Telefonüberwachung war sehr erfolgreich“*, wird ein nach Abschluss des G-20-Treffens im September 2009 verfasstes Geheimdienstmemo zitiert. Die G-20 brachten auf dem Höhepunkt der globalen Finanzkrise führende Industriestaaten und aufstrebende Mächte wie China, Brasilien oder Südafrika zusammen, um einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft zu vermeiden. Den wirtschaftlich erfolgreichen Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wurden bis heute nicht umgesetzte Versprechen gemacht, wie etwa mehr Einfluss in Gremien wie dem Weltwährungsfonds. Derzeit geben wieder die G-8 (USA, Russland, Kanada, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien) – die wirtschaftliche Gesamtleistung entspricht etwa der Hälfte der globalen Wirtschaftsleistung – den Ton an. Doch auch ohne Abhörskandal bestand hier vor Beginn der zweitägigen Beratungen in Lough Erne wenig Einigkeit – insbesondere zum Thema Syrien. So lehnte der russische Präsident Wladimir Putin mögliche Waffenlieferungen an die Rebellen weiterhin vehement ab. Nach einem Gespräch mit dem britischen Premier David Cameron warnte Putin den Westen: *„Sie verbünden sich mit Kannibalen, die die Organe ihrer Feinde verzehren.“* Putin bezeichnete das Assad-Regime demonstrativ als die *„rechtmäßige Regierung Syriens“*. Kanadas Premier Stephen Harper meinte: *„Putin unterstützt die Verbrecher des Assad-Regimes aus Gründen, für die es keine Rechtfertigung gibt.“* Am 18. Juni beschlossen die G-8 eine Erklärung mit folgenden Zielsetzungen: enger und weltweiter Informationsaustausch von Steuerbehörden in Bezug auf Steuerflucht bzw. –hinterziehung, Änderung nationaler Steuersysteme zur Verhinderung von steuerlicher Abwanderung von Firmen, Mineralien und Bodenschätze sollen nicht mehr aus Konfliktzonen abtransportiert werden, Reduzierungen staatlicher Protektionismen und Einführung neuer Handelsinitiativen mit Wachstums- und Jobmaßnahmen weltweit, Abschaffung unnötiger bürokratischer Maßnahmen betreffend Handel mit Entwicklungsländern, Pflicht von Rohstofffirmen, Zahlungen an Regierungen zu melden. Die G-8 begrüßt den Abbau von Handelsschranken in Afrika, in diesem Kontext wird der African Union's (AU) Action Plan on Boosting Intra-African Trade (BIAT) unterstützt. 5 Prioritätenbereiche wurden identifiziert im Kampf gegen den Terrorismus, vor allem gegen jene Terroristen, die im „Bogen der Instabilität“ zwischen Mauretanien und Somalia operieren. In diesen Ländern werden Regierungen unterstützt, terroristische Netzwerke

aufzufinden und zu zerstören. Das Zahlen von Lösegeld an Terroristen wird von der G-8 kategorisch abgelehnt. Der Einsatz von Chemiewaffen und Menschenrechtsverletzungen in Syrien wird von allen G-8-Staaten, auch von Russland, verurteilt.

Arms Trade Treaty

Am 2. April wurde in New York von der VN-Generalversammlung nach mehr als siebenjährigen Verhandlungen und zwei gescheiterten Konferenzen ein weltweit gültiger Vertrag zur Regulierung des Waffenhandels (Arms Trade Treaty; ATT) verabschiedet. 154 Mitgliedsstaaten stimmten für den Vertrag, 23 Delegationen enthielten sich der Stimme, der Iran, Nordkorea und Syrien stimmten gegen das Abkommen.

UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon würdigte das Waffenhandelsabkommen als eine *"historische diplomatische Leistung"* und erklärte, das Abkommen werde ein *"effektives Abwehrmittel"* gegen illegalen Waffenhandel insbesondere in Konfliktgebieten sein.

Am 3. Juni begann in New York der Ratifizierungsprozess des UN-Waffenhandelsabkommens. Mehr als 60 Staaten haben bereits unterzeichnet.

Die eigentliche Arbeit dürfte allerdings in der Implementierung liegen. Vor allem für einige Schwellen- und Entwicklungsländer wird die Implementierung in geltende Gesetze eine Herausforderung darstellen, denn hier müssen nationale Regelungen zum Teil erst geschaffen werden, so z.B. Exportkontrollen aufzubauen oder Berichtssysteme zu etablieren.

Das Abkommen verpflichtet die Unterzeichnerstaaten zur Prüfung, ob mit den gelieferten Waffen schwere Menschenrechtsverletzungen begangen werden könnten. Außerdem soll verhindert werden, dass Waffen in die Hände von Terroristen und des organisierten Verbrechens gelangen. Der Vertrag sieht dabei Regeln für kleine und leichte Waffen wie auch für großkalibrige Waffensysteme, Panzer, Kampfhubschrauber und Kriegsschiffe sowie Raketen und Raketenwerfer vor.

Für Experten gibt es an Passagen des Vertrages Kritik. So zum Beispiel sollen dem Vertrag zufolge die Mitgliedsstaaten künftig keine Waffen mehr an Staaten verkaufen, die damit *"möglicherweise gegen Menschenrechte"* verstoßen. Es gibt bisher aber keine objektiven Indikatoren, ab wann ein Staat *"möglicherweise gegen Menschenrechte"* verstößt. Die Auslegung liegt weiterhin bei den Nationalstaaten. Grundsätzlich werden auch die Waffenkategorien als zu grob gefasst gesehen, so dass einige Kategorien aus der Reichweite des Vertrages fallen, wie z.B. Truppentransportpanzer oder Handgranaten.

Die tatsächlichen Auswirkungen des Abkommens sind ungewiss: Im Fall der USA, dem größten Waffenhändler der Welt, dürfte die Regierung von Präsident Barack Obama den Vertrag zwar unterzeichnen - die anschließende Ratifizierung durch den US-Kongress gilt aber keineswegs als gesichert. Auch Russland und Indien haben offen gelassen, ob sie das Abkommen am Ende mittragen werden.

Im Kern sieht der Vertrag folgende Punkte vor:

- Aufbau nationaler Kontrollsysteme zur Regulierung des Exports und Imports von konventionellen Waffen, Munition und Waffenteilen
- Transparenz der geführten Listen und Aufbewahrung für mindestens zehn Jahre

- Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung zwischen den Staaten beim Aufbau der Kontrollsysteme
- Kein Export von Waffen an Staaten, die damit möglicherweise gegen Menschenrechte verstoßen könnten
- Bei Zweifeln: Anforderung zusätzlicher Informationen und Dokumente
- Jährliche Berichte über alle Vorgänge und Fortschritte an die Vereinten Nationen.

Studien und Berichte

WHO Bericht „Global and regional estimates of violence against women: Prevalence and health effects of intimate partner violence and non-partner sexual violence“

Am 20. Juni veröffentlichte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf den Bericht „Global and regional estimates of violence against women: Prevalence and health effects of intimate partner violence and non-partner sexual violence“.

Dem rund 60seitigen Report zufolge sind etwa 35% aller Frauen Opfer von Prügel, Vergewaltigungen, sexuellen Nötigungen oder anderen Erniedrigungen bzw. Angriffen. Die Daten für den umfangreichen Bericht stammen von Experten der WHO, der London School of Hygiene and Tropical Medicine und des South African Medical Research Council. WHO-Generaldirektorin Margaret Chan Taten meinte zu dem Ergebnis der ersten systematischen Datenerhebung zu diesem Problem: *"Gewalt gegen Frauen ist ein globales Gesundheitsproblem von epidemischem Ausmaß"*.

Zu den Ergebnissen der weltweiten Studie gehört, dass Frauen weit öfter sexuellen und anderen Brutalitäten durch ihre eigenen Ehemänner ausgesetzt sind als durch fremde Vergewaltiger. Gewalt innerhalb von Beziehungen ist die am meisten verbreitete Gewalt gegen Frauen, betroffen sind 30% aller Frauen weltweit. Außerdem sei bei 38% aller Frauen, die Opfer von Morden werden, der aktuelle oder ehemalige Intimpartner der Täter.

Am häufigsten sind Frauen zwischen 40 und 44 Jahren Opfer von Gewalt in Beziehungen (37,8%), am wenigsten zwischen 50 und 59 Jahren (15,1%). Danach ist wieder ein Anstieg zu beobachten: 19,6% der Frauen zwischen 60 und 64 Jahren sowie 22,2% der 65- bis 69-Jährigen (höhere Lebensalter wurden nicht ausgewiesen). Bei den 15- bis 19-Jährigen sind es 29,4%.

7,2% aller Frauen werden der Studie zufolge Opfer sexueller Gewalt durch andere Menschen als ihre Beziehungspartner. Für die Studie wurde eine untere Altersgrenze von 15 Jahren angesetzt.

Der Report macht deutlich, dass Gewalt gegen Frauen in allen Ländern, Kulturen und Gesellschaftsschichten vorkommt. Das Ausmaß scheint jedoch auch in einem Zusammenhang zum Wohlstandsgefälle auf der Welt zu stehen. So sind der Studie zufolge in Regionen mit einem hohen Durchschnittseinkommen - darunter Nordamerika, Westeuropa, Australien und Japan - 23,2% und im restlichen Europa 25,4% der Frauen Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt durch Beziehungspartner. In Südostasien seien es 37,7% und in Afrika 36,6%. Die WHO veröffentlichte zugleich einen umfangreichen Ratgeber für Kliniken und medizinisches Personal zur besseren Erkennung von Hinweisen auf Vergewaltigungen und andere Formen körperlicher Gewalt. Viele der Frauen würden aus Angst vor Stigmatisierung oder Scham die Ursachen von Verletzungen oder auch von psychischen Leiden verschleiern. Das erschwere oft medizinische Hilfe.

Unter den Folgen der Gewalt gegen Frauen nennt die WHO Depressionen und Alkoholprobleme. Vergewaltigte Frauen seien 1,5 Mal öfter mit Geschlechtskrankheiten infiziert als andere. Außerdem sei die Wahrscheinlichkeit, dass sie einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen, doppelt so groß wie bei anderen Frauen.

Quelle: http://apps.who.int/iris/bitstream/10665/85239/1/9789241564625_eng.pdf

„Failed State Index 2013“

Am 24. Juni wurde die neunte Ausgabe des Failed State Index, der gemeinsam mit der Zeitschrift Foreign Policy und dem Fund for Peace erstellt wird, veröffentlicht.

Anhand von zwölf Kriterien wird ein Gesamtscore entwickelt und dementsprechend die Staaten in die Kategorien „Alert“, „Warning“, „Stable“ bzw. „Sustainable“ eingeordnet. Je höher die Gesamtpunktezahl, desto instabiler wird ein Staat bewertet, d.h. ist er als gescheiterter Staat anzusehen. Bereits zum sechsten Mal in Folge wird Somalia an erster Stelle geführt.

Im Report wird - neben einer ausführlichen Beschreibung der Methodologie - traditionell wieder auf ausgewählte Bereiche eingegangen, wie z.B. „The Troubled Ten“, Mali, Süd Sudan, Japan oder die Effekte des Arabischen Frühlings.

Übersicht: Die zehn stabilsten und die zehn instabilsten Staaten gemäß State Failed Index:

Status	Rang (Score)	Land			
Alert	1 (113,9)	Somali	Sustainable	169 (25,4)	Australien
	2(111,9)	Demokratische Republik Kongo		170 (24,8)	Irland
	3 (111)	Sudan		171 (24,7)	Island
	4 (110,6)	Süd Sudan		172 (23,3)	Luxemburg
	5 (109)	Tschad		173 (22,7)	Neuseeland
	6 (107)	Jemen		174 (21,9)	Dänemark
	7 (106,7)	Afghanistan		175 (21,5)	Schweiz
	8 (105,8)	Haiti		176 (21,5)	Norwegen
	9 (105,3)	Zentralafrikanische Republik		177 (19,7)	Schweden
	10 (105,2)	Zimbawe		178 (18)	Finnland

Österreich findet sich auf Platz 166 mit 26,9 Punkten.

Quelle: <http://ffp.statesindex.org/rankings-2013-sortable>

UNHCR Global Trends-Bericht „Displacement: The New 21st Century Challenge“

Am 19. Juni wurde der "Global Trends"-Bericht des UNHCR veröffentlicht. Der Global Trends-Report ist der wichtigste Jahresbericht zur weltweiten Flucht und Vertreibung. Aus diesem geht hervor, dass die weltweite Flüchtlingszahl auf dem höchsten Stand seit 1994 ist. Ende 2012 waren demnach insgesamt über 45,2 Millionen Menschen auf der Flucht (2011: 42,5 Mio.): 15,4 Millionen Flüchtlinge, 937.000 Asylsuchende und 28,8 Millionen Binnenvertriebene (IDPs).

Krieg bleibt die Hauptursache für die weltweite Flucht und Vertreibung. 55% der Flüchtlinge in der UNHCR-Statistik stammen aus fünf Staaten: Afghanistan (2,6 Mill.; durchschnittlich ist jeder Vierte von Flucht und Vertreibung Betroffene aus Afghanistan. 95% von ihnen haben in Pakistan oder im Iran Aufnahme gefunden), Somalia (1,1 Mill.), Irak (746.440), Syrien

(728.542) und dem Sudan (569.212). Der Bericht listet zudem neue Massenfluchtbewegungen aus Mali, der Demokratischen Republik Kongo, dem Sudan (Richtung Süd-Sudan) und Äthiopien auf.

Der Bericht weist auch darauf hin, dass die ärmeren Länder die Hauptlast der Flüchtlingsbewegungen tragen. 81% der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Vor zehn Jahren seien es noch 70 Prozent gewesen.

Von den rund 10,5 Millionen Flüchtlingen unter UNHCR-Mandat (weitere 4,9 Millionen palästinensische Flüchtlinge fallen unter das Mandat von UNRWA) befindet sich die Hälfte in Staaten mit einem Pro-Kopf-Jahreseinkommen von weniger als 5.000 US-Dollar.

Einen Rekord registrierte UNHCR bei den minderjährigen Flüchtlingen. Unbegleitete Minderjährige, die von ihren Eltern getrennt sind, hätten im Vorjahr 21.300 Asylanträge eingereicht - der höchst jemals von UNHCR erfasste Wert. Insgesamt sind 46% aller Flüchtlinge weltweit Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren.

Bei den Hauptaufnahmestaaten gab es im Vergleich zum Jahr 2011 wenig Veränderung. Die Staaten mit den meisten Flüchtlingen sind Pakistan (1,6 Millionen), der Iran (868.200) und Deutschland (589.700). Österreich hat 74.701 Flüchtlinge aufgenommen.

UNHCR unterstützt Menschen, die zur Flucht gezwungen wurden, durch humanitäre Hilfe oder bei der Suche nach dauerhaften Lösungen. So konnten letztes Jahr mit UNHCR-Unterstützung für 2,7 Millionen Menschen (526.000 Flüchtlinge und 2,1 Millionen Binnenvertriebene) dauerhafte Lösungen erreicht werden. Unter ihnen auch 74.800 Menschen, die im Rahmen von Resettlement-Programmen aus Erstzufluchtsstaaten in Drittstaaten neuangesiedelt werden konnten.

Quelle: http://unhcr.org/globaltrends/june2013/UNHCR%20GLOBAL%20TRENDS%202012_V05.pdf

UN "World Population Prospects - The 2012 Revision"

Gemäß der am 12. Juni in Berlin präsentierten Studie „Population Prospects - The 2012 Revision“ soll die Weltbevölkerung von heute fast 7,2 Milliarden Menschen bis zum Jahr 2050 auf voraussichtlich 9,6 Milliarden Menschen wachsen. Mit dieser neuen Projektion korrigieren die UN ihre Hochrechnungen aus dem Jahr 2011 um rund 250 Millionen Menschen nach oben; dies unter anderem, da die Fertilitätsraten weniger stark sinken als noch vor zwei Jahren angenommen. Im Jahr 2100 werden voraussichtlich 10,9 Milliarden Menschen auf der Erde leben.

Das Bevölkerungswachstum der Zukunft findet fast ausschließlich in den Entwicklungsländern statt. In Afrika wird sich die Bevölkerung von heute 1,1 Milliarden auf voraussichtlich knapp 4,2 Milliarden Menschen im Jahr 2100 vervierfachen. In Europa hingegen wird die Bevölkerung abnehmen: Leben hier heute noch 742 Millionen Menschen, werden es am Ende des Jahrhunderts voraussichtlich nur noch 639 Millionen Menschen sein; dies entspricht einem Rückgang um 14%.

Die UN-Projektionen basieren auf der Annahme, dass die durchschnittliche Fertilität in den Entwicklungsländern von heute 2,6 Kindern pro Frau auf zwei Kinder im Jahr 2100 sinken wird. Bedingung dafür ist, dass Frauen in Entwicklungsländern einen besseren Zugang zu Aufklärung und Verhütung erhalten. *„Tatsächlich aber ist freiwillige Familienplanung in*

Entwicklungsländern Mangelware“, so eine Expertin der Stiftung Weltbevölkerung. Jedes Jahr werden rund 80 Millionen Frauen in Entwicklungsländern ungewollt schwanger - vor allem weil sie nicht verhüten können.

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass die durchschnittliche Lebenserwartung der Menschen weltweit von heute 70 Jahren auf 82 Jahre im Jahr 2100 steigen wird. In Industrieländern werden die Menschen dann voraussichtlich 89 Jahre alt werden - und damit elf Jahre älter als heute. Weltweit wird das Medianalter, das die Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte teilt, von heute 29 Jahren bis 2100 auf voraussichtlich 41 Jahre steigen.

Quelle: <http://esa.un.org/unpd/wpp/index.htm>

FAO/OECD “Agricultural Outlook 2013-2022”

Am 6. Juni wurde in Peking der jährlich von FAO und OECD erstellte Weltagrarbericht (Agricultural Outlook 2013-2022) vorgestellt.

Der Bericht prognostiziert einen geringen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktionsmenge. Erstmals wird auch der Rohstoff Baumwolle inkludiert. Ein Spezialkapitel behandelt zukünftige Herausforderungen und Ernährungssicherheitsfragen in China. Die landwirtschaftliche Produktion wird laut Einschätzung in den kommenden zehn Jahren weltweit um durchschnittlich 1,5% jährlich wachsen, also langsamer als in den zehn Jahren zuvor (2,1%). Dies resultiert vor allem auf Knappheit an Anbauflächen, gestiegenen Produktionskosten und zunehmenden Umweltbelastungen. Trotzdem gehen die Experten davon aus, dass die Versorgung mit Agrargütern mit der globalen Nachfrage Schritt halten werde. Weltweit müssen Verbraucher sich in den kommenden zehn Jahren jedoch auf höhere Preise für Lebensmittel einstellen. Die Preise für Fleisch, Fisch und Biokraftstoffe werden nach der Vorhersage stärker steigen als jene für primäre Agrarprodukte. Risiken für die weltweite Ernährungssicherheit und volatile Preise stellen insbesondere Produktionsausfälle, Preisschwankungen und Handelsunterbrechungen dar. Leere Vorratslager in den Hauptproduzentenstaaten verbunden mit einer ausgedehnten Trockenheit bergen das Risiko einer Preisvolatilität zwischen 15% und 40% in sich.

Insgesamt stellt der Bericht fest, dass sich die Landwirtschaft in vielen Staaten von einem politikorientierten zunehmend in einen marktorientierten Sektor verwandelt hat. Unter der Annahme, dass sich die globale Wirtschaftslage weiter erholt, kann somit auch der Landwirtschaft weltweit ein relativ positiver Ausblick gestellt werden, wobei eine hohe Nachfrage, reger Handel und ein gutes Preisniveau dafür die Hauptgründe darstellen.

Ein Spezialkapitel widmet sich der aufstrebenden Wirtschaft Chinas.. Das Land wird den Agrarmarkt in Zukunft stark beeinflussen, immerhin stellt es ein Fünftel der Weltbevölkerung, verzeichnet schnell wachsende Einkommen und einen rapide expandierenden Agrar- und Nahrungsmittelsektor. Nach Schätzungen der Autoren wird China in Bezug auf die wichtigsten pflanzlichen Nahrungsmittel autark bleiben. Aufgrund von Knappheit an Ackerflächen, Wasser und Arbeitskräften wird sich die Produktion im kommenden Jahrzehnt jedoch verlangsamen. Chinas landwirtschaftliche Produktion hat sich seit 1978 knapp verfünffacht. Allerdings räumt der Bericht auch ein, dass China seiner Umwelt und seinen Ressourcen größere Beachtung schenken sollte. Die FAO schätzt, dass die Zahl der Mangelernährten in China seit 1990 um fast 100 Millionen Menschen gesunken ist – und das, obwohl das Land seitdem einen

Bevölkerungszuwachs von 200 Millionen Einwohnern verzeichnet. Dennoch bleiben etwa 158 Millionen Chinesen unterernährt. Eine der wichtigsten Herausforderung für die Regierung wird es sein, auch für diese Menschen Nahrungsmittelsicherheit herzustellen.

Quelle: <http://www.oecd.org/site/oecd-faoagriculturaloutlook/>

SIPRI Yearbook 2013

Am 3. Juni veröffentlichte SIPRI die 44. Ausgabe des SIPRI Yearbooks. Drei zentrale Ergebnisse sollen herausgehoben werden.

Zum ersten die globalen Rüstungsausgaben: SIPRI schätzt die weltweiten Rüstungsausgaben für das Jahr 2012 auf ca. 1.756 Mrd. US Dollar; es sind dies rund 2,5% des Global Gross Domestic Product (GDP) und damit um etwa 0,5% weniger als 2011. Für die Experten ist dieser Umstand jedoch kein Beleg für Zeiten der Abrüstung, sondern eher ein Zeichen für eine Trendwende, bei der sich die Balance der Militärausgaben von den traditionellen Industriestaaten zu den Schwellenländern verschiebt. *„The distribution of global spending in 2012 shows what may be the beginnings of a shift from the West to other parts of the world, in particular Eastern Europe and the developing world“.*

Die Ausgaben etwa der USA fielen 2012 durch ihr verringertes Kriegsengagement in Afghanistan und dem Irak um 6% auf 682 Milliarden US-Dollar. Auch die meisten Staaten in West-, Zentraleuropa, Japan und Australien gaben 2012 weniger als 2011 aus. Neue oder aufstrebende Mächte von Asien bis Osteuropa legten besonders zu. Aber auch der Mittlere Osten, Nordafrika oder Zentralamerika erhöhten ihre Ausgaben um jeweils rund 8%. Besonders stiegen sie in den Großregionen Asien und Ozeanien um durchschnittlich 3,2% an. Stark ist auch der Zuwachs in Vietnam. Im Zehnjahresvergleich 2003 bis 2012 wird das nachholende Wettrüsten der südostasiatischen Region besonders deutlich: Vietnam beispielsweise erhöhte in der Dekade seine Wehrausgaben um 130%, Indonesien um 73%.

Laut SIPRI steigerte China 2012 seine Militärausgaben um 7,8% auf 166 Milliarden US-Dollar. Das ist Platz zwei hinter den USA. Im Zehnjahresvergleich ab 2003 wird der Trend noch sichtbarer. Die Militärausgaben der USA stiegen um 32%. Auf Chinas 175% folgen Russland mit 113%, Saudi-Arabien mit 111%, Indien mit 65% und Brasilien mit 56%. Zum Vergleich: Deutschlands Ausgaben fielen um 1,5%, Frankreichs um 3,3% und Japans um 3,6%.

Zweitens ist der globale Rüstungstransfer zu nennen: Weltweit stieg der Waffenhandel um 17%. Während die europäischen Länder im Gefolge von Sparprogrammen 20% weniger Rüstungsgüter importierten, standen asiatische Länder (mit Ozeanien) für einen Rekordanteil von 47% aller importierten Waffensysteme. Weltmarktführer sind immer noch die USA mit 30% Weltmarktanteil und Russland (26%). Wie aus dem Jahrbuch hervorgeht, konnte sich China erstmals unter den fünf wichtigsten Exporteuren von Rüstungsgütern platzieren. Vor China lagen nur noch die USA, Russland, Deutschland und Frankreich. China hat seine Rüstungsverkäufe in andere Länder im Zeitraum 2008 bis 2012 gegenüber 2003 bis 2007 um 162% gesteigert und auch seinen Weltmarktanteil von zwei auf fünf Prozent mehr als verdoppelt.

Drittens, die nukleare Rüstung. Weltweit gibt es nach Schätzungen von SIPRI 17.265 Sprengköpfe, die entweder einsatzbereit, eingelagert oder bereits zur Verschrottung

vorgesehenen sind. Gegenüber dem Vorjahr sei die Zahl um 1.700 gesunken. Hauptgrund dafür ist die Umsetzung entsprechender Vereinbarungen zwischen den USA und Russland (New START) bzw. die Aussonderung veralteter Systeme.

SIPRI führt jedoch weiter aus, dass die Atommächte ihre nuklearen Arsenale 2012 weiter modernisiert haben. *“Once again there was little to inspire hope that the nuclear weapon-possessing states are genuinely willing to give up their nuclear arsenals. The long-term modernization programmes under way in these states suggest that nuclear weapons are still a marker of international status and power”*, so ein Experte von SIPRI.

Übersicht: Nuklearstreitkräfte 2013

Staat	Einsatzfähige Gefechtsköpfe	Andere Gefechtsköpfe	Stand 2012	Stand 2012
USA	2.150	5.550	7.700	8.000
Russland	1.800	6.700	8.500	10.000
Großbritannien	160	65	225	225
Frankreich	290	10	300	300
China		250	250	240
Indien		90-110	90-110	80-100
Pakistan		100-120	100-120	90-110
Israel		80	80	80
GESAMT	4.400	12.865	17.265	19.000

Quelle: http://www.sipri.org/media/pressreleases/2013/YBlaunch_2013

Quelle: <http://www.sipri.org/yearbook/2013>

OECD „Better Life Index 2013“

Am 28. Mai wurde von der OECD der jährlich erscheinende „Better Life Index“ veröffentlicht. Mit diesem wird die Lebenssituation in den 34 OECD-Mitgliedsstaaten sowie in Russland und Brasilien miteinander verglichen. Der Index wird mithilfe sozialer, ökologischer und ökonomischer Kategorien erstellt. Hierfür zieht die OECD elf Lebensbereiche heran und bewertet diese. Es handelt sich dabei um Faktoren wie Arbeitsplätze, Einkommen, Bildung, allgemeine Zufriedenheit, Wohnen, Sicherheit und Gesundheit. Die Daten dafür stammen von der OECD selbst sowie von der UNO und den nationalen Statistikämtern.

Die OECD-Studie demonstriert deutlich, dass materieller Wohlstand nicht mit allgemeiner Zufriedenheit einhergehen muss. Während beispielsweise die USA im Bereich Einkommen den ersten Platz belegen, befinden sie sich bei der allgemeinen Zufriedenheit auf dem bescheidenen 14. Rang.

Auf der interaktiven Website oecdbetterlifeindex.org können alle erhobenen Daten abgerufen werden. So können die Ergebnisse für die einzelnen Länder in den elf Kategorien genauso betrachtet werden wie ein Vergleich der Länder miteinander.

Bei einer gleichmäßigen Gewichtung aller elf Faktoren weist Australien vor Schweden, Kanada, Norwegen, der Schweiz und den USA die höchste Lebensqualität auf, dahinter folgen Dänemark, die Niederlande, Island und Großbritannien. Österreich findet sich in der Studie auf dem 13. Platz und damit im oberen Mittelfeld (2012: 16. Rang). Schlusslichter im Ländervergleich sind Mexiko und die Türkei.

Österreich schneidet bei Einkommen, Beschäftigung, Sicherheit und der allgemeinen Zufriedenheit gut ab. Allerdings rangiert es bei Bildung, Work-Life-Balance sowie Wohnen auf den hinteren Plätzen. Auch bei Gesundheit liegt Österreich nur im Mittelfeld, auf Platz 15. Mit einer Lebenserwartung von 81 Jahren liegt Österreich zwar ein Jahr über dem OECD-Schnitt, allerdings wird vor allem die Feinstaubbelastung als problematisch betrachtet: Dafür sind 96% der Österreicher mit der Wasserqualität zufrieden, während es OECD-weit nur 84% sind.

Der Bericht weist auch darauf hin, dass das Einkommen in Österreich zwar über dem OECD-Schnitt liegt, jedoch die reichsten 20% der Bevölkerung fast viermal so viel verdienen wie die ärmsten 20%. Trotzdem befindet sich Österreich bei der allgemeinen Zufriedenheit mit 8,7 von 10 Punkten im OECD-Vergleich auf Platz neun. Damit ist die heimische Bevölkerung deutlich zufriedener als beispielsweise die Deutschen, die mit 6,6 Punkten auf Rang 19 liegen. Deutschland liegt allerdings beim Wohnen neun Plätze vor Österreich, bei Bildung sind es sogar 17 Ränge und bei der Work-Life-Balance immerhin noch 15.

Beim Punkt Arbeitsplätze liegt Österreich im OECD-Vergleich auf Platz fünf. Das kommt daher, dass mehr als 72% der Österreicher zwischen 15 und 64 Jahren einer bezahlten Tätigkeit nachgehen. In diesem Zusammenhang verweist die OECD jedoch auf einen Geschlechterunterschied: Während 78% der Männer in Österreich einer Arbeit nachgehen, sind es bei den Frauen nur 67%. Trotzdem liegt die österreichische Beschäftigungsquote deutlich über dem OECD-Schnitt von 66%. Zudem arbeiten Österreicher im Schnitt 1.600 Stunden pro Jahr - das sind 176 weniger als im Ländervergleich.

Quelle: <http://www.oecdbetterlifeindex.org/>

UNDP “Human Development Report 2013”

Am 14. März präsentierte das Entwicklungsprogramm der UN (UNDP) in Mexiko den jährlich erscheinenden Human Development Report (HDR). Der knapp 220 Seiten umfassende Report unter dem Titel „The Rise of the South. Human Progress in a Diverse World“ kommt zum Schluss, dass es über die letzten Jahrzehnte hinweg eine generelle Bewegung hin zu einem höheren Entwicklungsstand gebe. So hätten alle Gruppen und Regionen einen *„beträchtlichen Fortschritt“* bei allen Komponenten des Human Development Index (HDI) gemacht. Der HDI versteht sich als Wohlstandsindikator und als eine Art Alternative zu rein ökonomischen Maßstäben und berücksichtigt deshalb neben dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf auch die Lebenserwartung sowie den Bildungsgrad. Klassifiziert werden die Staaten in vier Gruppierungen: Sehr hohe menschliche Entwicklung, hohe menschliche Entwicklung, mittlere menschliche Entwicklung und niedrige menschliche Entwicklung.

Vor allem in den Ländern mit niedrigem und mittlerem Entwicklungsstand konnten schnelle Fortschritte verzeichnet werden. Unter den Staaten mit dem größten Entwicklungsschub innerhalb der letzten zwölf Jahre fanden sich Afghanistan, Sierra Leone, Äthiopien, Ruanda, Angola, Osttimor, Myanmar, Tansania, Liberia, Burundi, Mali, Mosambik, die Demokratische Republik Kongo sowie Niger.

Das UNDP schloss daraus, dass die Welt *"weniger ungleich"* werde. Generell gebe es einen globalen Trend hin zu *"kontinuierlicher menschlicher Entwicklung"*. Keines der aufgelisteten Länder habe einen niedrigeren HDI-Wert als im Jahr 2000.

Der Human Development Report beinhaltet neben dem HDI auch den Multidimensionalen Armutsindex (Multidimensional Poverty Index) und den Index der geschlechtsspezifischen Ungleichheit (Gender Inequality Index, GII). Als GII-Spitzenreiter konnten sich erneut die nordeuropäischen Staaten (Niederlande vor Schweden und Dänemark) behaupten. Österreich konnte im Vergleich zum Vorjahr zwei Plätze gut machen und belegt aktuell Rang 14. Am schlechtesten in Punkto Gleichberechtigung schneiden die arabischen Länder, Südasien und Subsahara-Afrika ab.

Übersicht ausgewählte Staaten:

Sehr hohe menschliche Entwicklung		Niedrige menschliche Entwicklung	
1	Norwegen	177	Sierra Leone
2	Australien	178	Burundi
3	USA	179	Zentralafrikanische Republik
4	Niederlande	180	Eritrea
5	Deutschland	181	Mali
6	Neuseeland	182	Burkina Faso
7	Irland	183	Tschad
8	Schweden	184	Mozambique
9	Schweiz	185	Demokratische Republik Kongo
10	Japan	186	Niger

Österreich findet sich auf Platz 18. Auf der Homepage von UNDP findet sich eine rund 30seitige Zusammenfassung des Reports.

Quelle: <http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2013/>

Transparency International "Government Defence Anti-Corruption Index"

Am 29. Jänner 2013 veröffentlichte Transparency International (TI) erstmals den so genannten „Government Defence Anti-Corruption Index“. Ziel des Berichts ist es, so TI, *"to give governments, armed forces, civil society and citizens the tools to avoid the dangers and inefficiencies that corruption in defence brings"*. Analysiert wurden die Maßnahmen von 82

Staaten, um Korruptionsrisiken zu reduzieren. Diese Staaten waren laut Transparency im Jahr 2011 für 94% der weltweiten Militärausgaben verantwortlich - insgesamt 1,6 Billionen US-Dollar (1,2 Billionen Euro). Etwa 70% der Staaten öffnen Tür und Tor für Verschwendung und Sicherheitsrisiken durch mangelhafte Korruptionsmechanismen und fehlende Transparenz im Verteidigungssektor. Auf Grundlage von Daten der Weltbank und des Internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) schätzt Transparency die weltweiten Kosten von Korruption im sicherheits- und verteidigungspolitischen Sektor auf mindestens 20 Milliarden US-Dollar im Jahr.

Die Einstufung in sieben Risikokategorien erfolgt auf Grundlage einer Analyse von 77 Indikatoren, die fünf zentrale Risikobereiche umfassen: Politik, Finanzen, Personal, Operationen und Auftragsvergabe.

Deutschland und Australien sind der Studie zufolge die einzigen Staaten, die über starke Anti-Korruptionsmechanismen wie ausgeprägte parlamentarischer Kontrolle der Verteidigungspolitik verfügen. In Staaten wie Ägypten, Algerien, Libyen und Syrien seien dagegen sehr hohe Risiken sichtbar. Der Mangel an grundlegenden Mechanismen wie etwa Rechenschaftskontrollen macht laut TI die Einrichtung von Anti-Korruptionssystemen in diesem Sektor nahezu unmöglich.

Staaten in Südamerika und Osteuropa weisen demgegenüber weniger Korruptionsrisiken auf. Österreich liegt zwar an sich in der Spitzengruppe, doch speziell in den Bereichen operationelle Risiken und Korruptionsrisiken bei der Auftragsvergabe wird das Land dennoch kritisiert.

KATEGORIE A – Sehr niedriges Risiko	Australien, Deutschland
KATEGORIE B – Niedriges Risiko	Großbritannien, Norwegen, Österreich, Südkorea, Schweden, Taiwan, USA
KATEGORIE C – Moderates Risiko	Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Kolumbien, Kroatien, Lettland, Polen, Slowakei, Spanien, Tschechische Republik, Ungarn
KATEGORIE D+	Bosnien und Herzegowina, Indien, Israel, Kenia, Kuwait, Libanon, Mexiko, Nepal, Serbien, Singapur, Südafrika, Thailand, Ukraine, VAE, Zypern
KATEGORIE D-	Äthiopien, Bangladesch, China, Georgien, Ghana, Jordanien, Kasachstan, Malaysia, Pakistan, Palästinensische Autonomiegebiete, Ruanda, Russland, Tansania, Türkei, Weißrussland
KATEGORIE E	Afghanistan, Bahrain, Elfenbeinküste, Indonesien, Iran, Irak, Katar, Marokko, Nigeria, Oman, Philippinen, Saudi Arabien, Simbabwe, Sri Lanka, Tunesien, Uganda, Usbekistan, Venezuela
KATEGORIE F	Ägypten, Algerien, Angola, Eritrea, Jemen, Kamerun, DR Kongo, Libyen, Syrien

Quelle: <http://government.defenceindex.org/>

Nuklearkonflikt mit Nordkorea

Der Nuklearkonflikt mit Nordkorea hat im ersten Halbjahr 2013 eine dramatische Verschärfung erfahren, sich im Juni aber wieder deutlich entspannt. Der UN-Sicherheitsrat verhängte im Jänner aufgrund eines Raketentests im Vorjahr einstimmig Sanktionen gegen Nordkorea. Pjöngjang drehte daraufhin an der Eskalationsspirale und führte am 12. Februar einen Nukleartest durch. Es war der dritte nach 2006 und 2009. Offiziell richtete sich der Versuch gegen die „feindliche“ Politik der USA, faktisch war China genauso Adressat. Pjöngjang forderte Peking auch unmittelbar heraus. Ein chinesisches Fischerboot mit 16 Mann Besatzung wurde aufgebracht. Angeblich war es in nordkoreanischen Gewässern angetroffen worden. Nordkorea soll 98.000 USD für die Freilassung verlangt haben.

China gilt zwar als „Verbündeter“ Nordkoreas, hat aber keinerlei Interesse, dass Nordkorea über Nuklearwaffen verfügt. Peking geht es um den Erhalt des Status quo auf der Halbinsel. Das Regime von Kim Jong-un ist ein Garant, dass es zu keiner Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten unter Führung des mit den USA verbündeten Südkorea kommt. China befürchtet in einem solchen Fall eine Ausdehnung des US-Einflusses bis an seine Grenze. Außerdem könnte eine Auswanderungswelle aus Korea China destabilisieren. Präsident Xi Jinping hat daher (auch) an Nordkorea eine Warnung gerichtet: *“No country should be allowed to throw a region and even the whole world into chaos for selfish gains.”* Eine weitere unerwünschte Folge der Haltung Nordkoreas ist, dass Südkorea und Japan näher an die USA rücken und China an Spielraum verliert. China hat Sorge, dass die beiden US-Verbündeten eigene Nuklearwaffen entwickeln könnten. Peking setzt daher Nordkorea unter Druck, vermeidet aber den offenen Bruch. Die Bank of China beendete die Geschäftsbeziehungen mit der nordkoreanischen Foreign Trade Bank und erschwerte dadurch die Auslandsgeschäfte Nordkoreas. Im Zuge des Gipfeltreffens von Xi Jinping und Barack Obama soll die chinesische Seite hinsichtlich ihrer Maßnahmen gegen Nordkorea sehr deutlich geworden sein.

Um internationalen Druck zu machen, inszenierte Nordkorea eine groß angelegte Drohkulisse. Der Zweck dieses nur scheinbar irrationalen Verhaltens ist die Sicherung der Macht für die Familie Kim. Es ist eine lange geübte Vorgangsweise, die allerdings durch die Fortschritte Nordkoreas in der Nuklearwaffentechnik international zunehmend Sorgen bereitet. Nordkorea will sein Nuklearprogramm wieder voll aufnehmen. Kim Jong-un und das Parlament bekannten sich zur Stellung Nordkoreas als Nuklearmacht. „Quantität und Qualität“ der Waffen sollen gesteigert werden. Artillerie und strategische Raketentruppen wurden in „Kampfbereitschaft“ versetzt, ein Angriff auf die USA sowie Südkorea angedroht, schließlich sogar ein Nuklearschlag gegen die USA. Die Zusammenarbeit mit Südkorea in der Wirtschaftszone Kaesong wurde beendet. Die USA, Südkorea und Japan setzten entsprechende militärische Sicherungsmaßnahmen: Raketabwehrsysteme wurden in Stellung gebracht, mit Südkorea Manöver durchgeführt. In diesem Zusammenhang war die größte Befürchtung, dass Fehleinschätzungen auf einer der beiden Seiten zur bewaffneten Eskalation führen könnten. Die USA haben trotz allem die Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt, allerdings müsste Nordkorea zuvor glaubhaft erste Schritte zur Beendigung seines Nuklearprogramms unternehmen. Das kommt für Pjöngjang nicht in Frage. Nordkorea beharrt auf seiner „nuklearen Abschreckung“.

Wie schon in der Vergangenheit beendete Nordkorea nach einigen Wochen seine Kriegsdrohungen und zeigte Verhandlungsbereitschaft. Abschussbereite

Mittelstreckenraketen wurden zurück ins Depot gebracht. Mit China wurde direkt Kontakt aufgenommen. Vizemarschall Choe Ryong-hae, der zum inneren Führungszirkel Nordkoreas gehört, reiste nach Peking. Anfang Juni gab es Gespräche mit Südkorea an der Waffenstillstandslinie in Panmunjom, denen ein Treffen auf Regierungsebene folgen sollte. Vor allem die Zukunft der Sonderwirtschaftszone Kaesong wäre dort Thema gewesen. Das Treffen wurde schließlich abgesagt, weil man sich nicht auf die Vertreter einigen konnte: Südkorea wollte einen Vizeminister entsenden, Nordkorea aber mit einem Minister verhandeln, obwohl es genau das zuvor abgelehnt hatte. Mitte Juni machte Pjôngjang ein Verhandlungsangebot an die USA (allerdings ohne auf irgendwelche Vorbedingungen eingehen zu wollen) – möglicherweise eine Folge der demonstrativen Einigkeit auf dem US-chinesischen Gipfel. Dass es über kurz oder lang eine Rückkehr an den Verhandlungstisch geben wird, ist wahrscheinlich. Nordkorea geht es vor allem um Lebensmittel- und Energielieferungen. Es könnten Engpässe bei Nahrungsmitteln gewesen sein, die Nordkorea zu den schrillen Drohungen im heurigen Frühjahr veranlasst haben.